

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

211 (11.9.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
anzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeter-
zeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt, nach Tarif, bei Zeitungsabnahme bei
Schlussverkauf, bei geschäftlicher Vertretung und bei anderen außer Kraft tritt o. Erläuterung
und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. 2. o. Schluss der Anzeigen-Konkurrenz 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,00 Mark o. Claycovertent 18 Pfennig o. Erhalten 8 mal wöchentlich
sonntags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
he L. 2. Postfach 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Konten: Durlach, Haupt-
straße 9; B.-Baden, Jagdwegstraße 12; Rastatt, Poststraße 2; Offenburg, Republikstraße 6

Nummer 211 Karlsruhe, Donnerstag, den 11. September 1930 50. Jahrgang

Mehr Macht der SPD!

Das ist die Losung aller Werktätigen am Wahltage

Warum?

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, geliebt bei ihren Anhängern, gefürchtet bei ihren Gegnern, gehäht von den Feinden des Fortschritts und der Arbeiterklasse. Sie steht allein in diesem Wahlkampf, ohne Bundesgenossen. Immer größer wird die Zahl der Parteien und Parteispalier, die gegen sie anrennen, als ob durch die Vermehrung der Zahl der Parteien ihrem Wachstum ein Damm entgegengeleitet werden könnte!

Am Ende eines lehrreichen Wahlkampfes, der wie kein anderer ein Kampf um die Demokratie und die Staatsmacht war, steht vor jedem Wähler das Gebot:

**Mehr Macht der Sozialdemokratie!
Jede Stimme nur der Liste 1!**

Kein denkender Wähler, dem das Wohl des deutschen Volkes, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und die deutsche Stellung in einer friedlichen Welt am Herzen liegt, gibt seine Stimme einer anderen Partei!

Warum nicht KPD?

Weil nur eine große geschlossene Arbeiterpartei, die bereit ist, die Verantwortung im Staat zu übernehmen, der Reaktion erfolgreich Widerstand leisten und positive Aufbauarbeit treiben kann: Weil eine Schwächung der Sozialdemokratie zugunsten der Kommunisten das Spiel der Reaktion erleichtern würde. Weil die kommunistische Partei das Spiel mit einem neuen Weltkrieg begünstigt, weil sie mit kriegslüsternden Faschisten Hand in Hand arbeitet. Weil das russische Beispiel beweist, daß ein Sowjetdeutschland den Untergang der sozialen und kulturellen Errungenschaften der Arbeiterschaft, das wirtschaftliche Chaos, eine Zeit des entsetzlichsten hoffnungslosesten Elendes des deutschen arbeitenden Volkes bedeuten würde!

Warum nicht Nationalsozialisten?

Weil die Nationalsozialisten das deutsche Volk, dessen Kultur vornehmlich auf der Bildung und dem politischen Sinn seiner Arbeiterklasse beruht, für deren Aufstieg die Sozialdemokratie seit mehr als einem halben Jahrhundert gearbeitet hat, der Staatsform der Analphabeten un-

terwerfen wollen! Die Nationalsozialisten schüren den traurigsten und verächtlichsten Rassenhass. Sie sind eine Partei gegen die politische Bildung des Volkes. Sie wollen inneres Chaos und neuen Krieg nach außen. Die Partei der Lüge, des Mordes, des Krieges — so steht die mit dem Hakenkreuz gezeichnete Partei vor den Wählern.

Abrechnung mit den Parteien der Zerstörung und des Chaos, das ist das oberste Gebot!

Und die Parteien der Rechten?

Die deutschnationalen Politiker sind die Nachfolger jener Männer, die die Schuld für die verhängnisvolle deutsche Politik der Vorkriegszeit tragen. Sie haben Deutschland ins Unglück geführt. Sie tragen die Schuld am Zusammenbruch und Unglück Deutschlands. Dennoch wollen sie zurück zum alten Obrigkeitsstaat! Die Wiederaufrichtung des Rassenregimes aus der Zeit des Kaiserturns ist ihr Ziel. Heber alles die Vorherrschaft der ostelbischen Junker für das ganze deutsche Volk.

Keine Stimme der Wirtschaftspartei! Warum nicht?

Weil hier der brutale Gruppenegoismus triumphiert, die engstirnige reaktionäre Gefinnung der Hausbesitzer, der Geist der Ausplünderung der städtischen Mietsbevölkerung! Wirtschaftspartei: das ist die Herbanddummheit, die jedes reaktionäre Experiment gutheißt, die im Staate nur den Handlanger für die Erhöhung ihrer Rente auf Kosten des Volkes erblickt und die auf den Staat pfeifen, wenn er von ihnen Opfer zum Wohle der Allgemeinheit erfordert.

Und die „Einheitsliste“ der Deutschen Volkspartei und Staatspartei?

Deutsche Volkspartei, das ist mit wenigen Worten: Industriefeudalismus, brutaler Klassenkampf gegen das arbeitende Volk, Diktatur des Reichtums, Ausbeutung der Not des Volkes, künstliche Hochhaltung der Preise, die wahrhaft Schuldige an der Verlängerung der Wirtschaftskrise. Die Partei der Aufsichtsräte und der Unternehmenssyndiz, ihre Parole: Profit über Volksinteresse.

Aber auch nicht Staatspartei, weil auch in dieser Partei die Aufsichtsräte und Industrieabgeordneten sitzen, weil sie eine trübe Mischung aus verkümmender Demokratie und

nebelhaft romantisch-reaktionärer Ideologie darstellt, weil diese Partei nicht mehr den Mut hat, die deutsche Demokratie in den Mittelpunkt ihres Bekenntnisses zu stellen, weil sie die Traditionen des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie in Deutschland verleugnet!

Warum nicht Zentrum?

Hier werden die berechtigten Forderungen der Arbeiter, die aus wesentlich religiösen Gründen dieser Partei immer noch folgen, schon innerhalb der Partei von den Vertretern des Großbürgers, in Industrie und Landwirtschaft systematisch zu Boden gehalten und abgewürgt. Die Kräfte der fortschrittlichen politischen Demokratie, die in dieser Partei lebendig zu sein schienen, sind im verkümmern. Langsam und systematisch werden sie von den antidemokratischen Kräften in den Hintergrund gedrängt. Das ist nicht eine Partei großzügig hoffnungsvoller Entwicklung!

Wie aber sollen wir wählen?

Diese Frage ist von jedem Kenner der politischen Verhältnisse Deutschlands und der Welt leicht zu beantworten. Denn es gibt nur eine Partei, die den Willen zum Staat mit einem starken einheitlichen Ziel verbindet, die den staatspolitischen Optimismus in gleicher Weise in sich trägt wie den Willen, das Wohl des Volkes und seinen Aufstieg zum obersten Gesetz zu machen.

Es wird daher Liste 1: Sozialdemokraten gewählt!

In unaufhörlichen Kämpfen stärkt die Sozialdemokratie als Partei der hand- und kopfarbeitenden Bevölkerung ihre Macht, mag auch Feindschaft und Haß aus allen Parteienlagern gegen sie anstürmen. Die Sozialdemokratie vereint in sich die großen Ideale der emporsteigenden deutschen Arbeiterklasse, das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und wahrer Menschlichkeit mit der Arbeit an der Wohlfahrt des ganzen Volkes und den besten Traditionen deutscher Kulturentwicklung und des deutschen Idealismus.

**Gebt der Sozialdemokratie am 14. Sept.
mehr Macht, dann werdet Ihr Euer
Bestes für den Aufstieg Deutschlands
getan haben!**

Die Masse wählt Liste 1,
SOZIALDEMOKRATEN.

Dichtung und Wahrheit im Wahlkampf

Die Lügenhochflut gegen die Sozialdemokratie

Je schwächer das sachliche Material ist, das gegen die Sozialdemokratie vorgebracht werden kann, um so höher schwillt die Flut der Agitationslügen an. Es besteht keine Möglichkeit, sie alle richtig zu stellen. Hier nur ein kurzer Auszug aus dem Lügenkatalog unserer Gegner:

Dichtung: „Seit 1919 regiert die Sozialdemokratie; sie ist verantwortlich für die heutige Wirtschaftskrise.“

Wahrheit: Die Sozialdemokratie hat in der deutschen Republik noch niemals allein eine Regierung gebildet. Nur 5 Jahre war sie an Regierungen beteiligt, in denen die bürgerlichen Parteien stets die Mehrheit hatten, dagegen haben 6 1/2 Jahre lang die bürgerlichen Parteien ohne die Sozialdemokraten regiert.

Dichtung: „Das jetzige Finanzelend ist auf die sozialdemokratische Mißwirtschaft zurückzuführen.“

Wahrheit: In den Jahren 1924 bis Mitte 1928 wäre es möglich gewesen, für die zu erwartende schlechtere Zeit Vorsorge zu treffen. Das haben die bürgerlichen Parteien, die in dieser Zeit allein regierten, nicht getan. „Trarria und Ichämens“ nannte Professor Schumpeter die Finanzpolitik gerade dieser Jahre.

Dichtung: „Die Sozialdemokratie hat sich vor der Verantwortung gedrückt.“

Wahrheit: Die Sozialdemokratie hat stets ihre Bereitwilligkeit betont, an der Ordnung der öffentlichen Finanzen mitzuarbeiten. Die Voraussetzung dazu wäre allerdings die Erhaltung der sozialen Leistungen und die stärkere Herangehung des Besitzes zu den Staatslasten gewesen. Das wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Dichtung: „Die Sozialdemokratie hat am Ende ihrer Regierungszeit 2000 Millionen Schulden hinterlassen.“

Wahrheit: Als der Sozialdemokrat Hilferding das Reichsfinanzministerium übernahm, mußte er als Erbschaft des Bürgerblocks einen Fehlbetrag von über 1 Milliarde übernehmen. Die Wirtschaftskrise verurteilte ein außerordentliches Steigen der sozialen Ausgaben, wogegen aber gingen die Einnahmen des Reichs zurück. Die rechtzeitige Sanierung der Finanzen scheiterte an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien.

Dichtung: „Auch die Sozialdemokratie wollte die Kopfsteuer.“

Wahrheit: Das Kabinett Müller schlug die Einführung eines „beweglichen Faktors“ in die Steuererhebung zugunsten der Gemeinden vor. Damals schon wurde die Forderung der bürgerlichen Parteien nach einer Kopfsteuer vom Kanzler Hermann Müller und von der Sozialdemokratie auf das Schärfste bekämpft. Für das Reich hat die Regierung Brüning, für Thüringen die Regierung Fried die Kopfsteuer eingeführt.

Dichtung: „Die Sozialdemokratie ist mit Schuld an der Massenbelästigung.“

Wahrheit: Der Sozialdemokratie ist zu verdanken, daß das steuerfreie Existenzminimum bis auf 100 Mark monatlich erhöht wurde und daß dadurch jetzt rund 10 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger steuerfrei sind; daß die Familienermäßigungen verdoppelt und verdreifacht wurden; daß in den letzten 5 Jahren rund 350 Millionen Lohnsteuer zurückgezahlt wurden.

Dichtung: „Die Volksbeauftragten haben am 13. November 1918 eine Proklamtion erlassen, worin die herrschlichen Verprechungen gemacht wurden, die aber alle nicht gehalten worden sind.“

Wahrheit: Nicht am 13., sondern schon am 12. November 1918 ist die Proklamtion der sozialdemokratischen Volksbeauftragten erlassen worden. Darin wurde nichts versprochen, sondern es ist lediglich eine Reihe politischer und sozialpolitischer Maßnahmen angefügt worden, die auch alle durchgeführt worden sind. Dazu gehörte die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur, die politische Gleichberechtigung der Beamten, das Koalitionsrecht für die Gewerkschaften und Landarbeiter und die Wiederinfraktierung der Arbeitergesetzbestimmungen.

Dichtung: „Keine Bürgerliche Partei hat jemals eine Gebühr für Krankenscheine gefordert.“

Wahrheit: Die Krankenkassen, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben die Krankenscheingebühr stets aufs Schärfste bekämpft. Dagegen wurde sie schon vor dem Kriege von den Konservativen gefordert, eingeführt hat sie zum erstenmal der Reichsarbeitsminister vom Zentrum am 13. Februar 1924 und jetzt wieder die Regierung Brüning.

Dichtung: „Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffell hat zuerst eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung eingeführt.“

Wahrheit: Im Sommer 1929 verlangten die Unternehmer fürmlich die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Sie wurden darin von den bürgerlichen Parteien unterstützt. Dem Reichsarbeitsminister Wiffell und der Sozialdemokratie ist es gelungen, diesen Ansturm zurückzuweisen und die Arbeitslosenversicherung in ihren Leistungen zu erhalten.

Dichtung: „Unter dem Sozialdemokraten Wiffell ist kein Fortschritt in der Sozialpolitik erzielt worden.“

Wahrheit: Trotz Wirtschaftskrise und Ansturm der Unternehmer gelang es Wiffell, einen weiteren Ausbau der Sozialpolitik durchzuführen. Die Unfallversicherung wurde ausgedehnt, die Wochenhilfe ausgebaut, die Invalidenversicherung erweitert. Für die älteren Angestellten wurden Erleichterungen geschaffen, der Früh-Ladenschluß vor Weihnachten eingeführt. Eine ganze Anzahl neuer sozialpolitischer Gesetze waren vorbereitet, sie sind vom Reichstag aber nicht mehr verabschiedet worden.

Dichtung: „Der Zentrumsmann Stegerwald tut mehr als Wiffell.“

Wahrheit: Als Stegerwald erst 4 Monate im Amt war, ist bereits folgendes geschehen: „Die Arbeitslosenversicherung wurde abgebaut, die Krankenversicherung verschlechtert, die Sperre für die Anmeldung von Kriegserrenten eingeführt. Dazu der Schiedspruch von Dornhausen, der für 200 000 Metallarbeiter eine Lohnherabsetzung brachte.“

Dichtung: „Unter der Regierung Müller ist der Wohnungsbau nicht gefördert worden.“

Wahrheit: Der Zugang an Wohnungen hatte 1927 rund 280 000 betragen. Er stieg unter dem Kabinett Müller 1928 auf 308 000 und 1929 auf 320 000. Die Rücklässe aus den Hausschuldensparthesen wurden wieder restlos dem Wohnungsbau zugeführt. Als Ziel der Wohnungspolitik des Kabinetts Müller wurde verkündet: Jeder Familie die eigene Haushaltung in der eigenen Wohnung zu ermöglichen und ihr dadurch eine gesunde Lebensführung zu sichern.

Dichtung: „Die Sozialdemokratie hat verantwortungslos gehandelt, die Brüning-Parteien handeln verantwortungsbewußt.“

Wahrheit: Nicht umsonst hat der demokratische Reichsfinanzminister Dietrich von Interesselentbauern gesprochen. Die minderheitsregierende Brüning-Partei mußte einen schmäblischen Handel mit den Volksinteressen treiben, um ihr politisches Leben zu fristen. Wirtschaftspartei, Bayerische Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Deutschnationale, Landbund, alle haben sie die Regierung seit Brünings Beginn, um sich gegenseitig Steuergeschenke von hunderten von Millionen ausgeteilt.

Dichtung: „Hier sind nur die größten Entstellungen der Wahrheit ins rechte Licht gerückt worden. Wenn die deutschen Zeitungsverleger vor kurzem aufaufereit wurden, den Wahlkampf leicht und ohne persönliche Gefährdung zu führen, so ist jetzt festzustellen, daß nicht in Berlin, sondern in der Provinz, in der Presse und in den Klubs der bürgerlichen Parteien ein Ton gegen die Sozialdemokratie angeschlagen wird, der an Unachtsamkeit und Verlogenheit kaum noch zu übertreffen ist.“

Für die Nichtwähler!

Die Frage an das Schicksal

Von Ferdinand Madinger

Ich kann mir nicht helfen: Es gibt bloß zwei Parteien in Deutschland, die Linke und die Rechte. Das Zentrum, zur Zeit auch Reichspartei, muß durch die Wahl wieder belehrt werden, daß es nur durch soziale Politik seinen weltanschaulichen Grundgedanken gerecht wird. Man kann sich nicht mit dem Attribut des „Christlichen“ schmücken und dabei an so beschränkt sozialistischen Ausprüchen vorbeigehen, wie dem des hl. Augustinus: „Brem des Gut beist derjenige, der überflüssiges besitzt“, oder dem von Caesar von Heisterbach: „Jeder Reiche ist ein Dieb oder Diebes Erbe“, oder dem des berühmten Thomas von Aquino: „Nach dem Naturrecht sind alle Dinge gemeinam“. Der Kampf entbrennt zwischen Reich und Arm, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Klein- und Grobbürger, alle, die irgendwie einen Besitz ihr eigen nennen, stehen gegen das bestialische Proletariat, das seinen Teil an den Gütern dieser Welt haben will und als Hauptproduzent keine Ansprüche anmeldet. Wie sehr die bürgerlichen Parteigruppen unter sich differenzieren mögen, in der schroffen Ablehnung der Ansprüche der Hand- und Kopfarbeiter sind sie alle einig. Alles, was diese Christen für den Arbeiter und den Staat beschaffen sollen, ist ihnen unviel. Die Sozialdemokraten sollen die Wirtschaftskrise verschuldet haben! Wer hat sie aber in England und Amerika verschuldet, wo diese Ausnahmen fehlen? Wirtschaftskrisen sind ein Wesenszug des kapitalistischen Systems; die Sozialdemokraten sind dafür keineswegs verantwortlich zu machen. Mit ebensolchem Recht könnten wir den hohen Unternehmern schulden geben. Das Autofahren und die Badereisen in Winter und Sommer, die feudale Lebenshaltung, die Luftschiffreisen, die Kriegergehälter der Direktoren und die Reklame belasten den Etat eines Volkes mehr als alle Sozialabgaben.

Aber das Kapital ist entschlossen zu einer Machtprobe. Die Zugeländnisse, die man sich im Lauf der Jahrzehnte hat abtrotzen lassen, will man zurücknehmen. Ein reaktionärer Rückschlag gegen die Errungenschaften der Revolution wird vorbereitet, das Kapital will den Herrn im Hause spielen. Demokratie und Wahlrecht haben es aus seiner ehemals mächtigen Stellung herausmanövriert, folglich ist Demokratie verwerflich und das Wahlrecht mißsam dem Parlament zu bekämpfen. Das Unternehmertum will seine Herrschaft nicht brüderlich mit dem Volk teilen, wie es die konstitutionellen Monarchen taten. Es gibt keinen konstitutionellen Parlamentismus. Der Mammon ist der alleinige Gott und duldet keine fremden Götter neben sich. Der Mammon ist unerbittlich und bereit, mit allen Waffen um seine Macht zu kämpfen. Der Marxtheoretiker Boudin schreibt einmal sehr treffend: „Kein König war je überzeugter von seinem Gottesgandentum als die Bourgeoisie, und keine herrschende Klasse hat je solchen Anspruch auf die unbeschränkte Gewalt und Unabänderlichkeit der Gesetze ihrer Herrschaft erhoben wie die Bourgeoisie.“

Seit Jahren hat sich die Wirtschaft auf die gewalttätige Durchführung ihrer Absichten eingerichtet. In den Kapitalblättern und ihren Hefern wird die Waise vom Verlagen der Demokratie so lange adreht, bis das lebende Publikum den Einbruch eines Chaos bekommt, in das es durch sein Wahlrecht hineingestürzt wurde; es wird der „Führer“ angebetet, der mysteriöse Mann, der alles kann und alles recht macht. Genannt wird dieser Allermächtiger zwar nicht, aus naheliegenden Gründen, aber dafür wird die Kapitalgarde organisiert, mit Waffen und Geldmitteln reich gelohnt und mit alldemendendem Dank gegen alles Demokratische angefüllt. Ihren

Weien nach sind diese Hitlergardisten meistens proletarische Existenzen; ihre Löhnung und vielleicht die Aussicht, im „drühten Reich“ der kapitalistischen Diktatur einen Posten zu erhalten, hält sie bei der Hakenkreuzfahne.

Die Abblitterung der Strohergruppe in Berlin hat bewiesen, daß der Mißbrauch dieser Proletarier zu Kapitalzwecken instinktiv gefühlt, vielleicht sogar klar erkannt wird. Sie werfen Hitler und seinem aristokratischen Stab die verdächtige Freundschaft mit den Mannern der Großindustrie und den Besitz der Gelder aus diesen Kreisen vor. Aber ob das Gros der zu militärischem Kadavergehörigkeit erregenen Hitlerrefruten zu der Einsicht ihres Mißbrauchs gelangt, ist fraglich. Wir leben täglich das betrübliche Bild, daß Proletarier im Solde des Kapitals ihre Klassenossen mit Waffen anfallen. Das sind Beispiele. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, daß die Großindustrie die Dinge auf feinen Stützpunkten hinzieht, in dem die Hitlerorganisationen die schneidende Avantgarde des Kapitals bilden sollen. Das ist alles durchaus öffentlich gelogt worden. Wir zweifeln auch nicht daran, daß die fanatisierten Hitleranhänger ihre Drohungen wahr machen würden, wenn sie aus Ruhest kämen. Die Menschen sind von einem pathologischen Blutausfluß befallen, der sie um jede Vernunft bringt.

Man muß wissen, daß der Schwache immer zur Grausamkeit neigt. Die Stärke übt Grobmut an dem besiegten Gegner, das ist ihr schones Vorrecht. So hat die hierarchische Arbeiterkassette im November 1918 keinem Zukunftsrecher ein Haar gekrümmt, und wir sind heute auf die gleiche geistliche Tat. „Die Wache ist ein Erbteil schwacher Seelen, ihr Platz ist nicht in einer starken Brust“, singt Theodor Körner. Die blutigste Zeit der französischen Revolution war die Schredensherrschaft Robespierres, des Diktators der kleinen Handwerker und Gemeinbetrieblenden, einer an sich feigen Menschenfresser, die aber, zur Macht gelangt, wie Lier müht. Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß niemand aus dem Bürokratism der losgelassenen Hilferente in den Arm fallen würde, wenn sie die Mühen an den „Marxisten“ fühlen wollte. Andererseits wird niemand im Bürokratism die unerschütterliche Keiverei besitzen zu glauben, daß das millionenfache Proletariat, im Klassenkampf geschult, und wirtschaftlich aufweckert, sich das Joch einer Militärgewalt eher als dem härtesten Kampf würde aufhalten lassen. Wenn die Gewerkschaften auf die Spitze getrieben werden, müssen sie sich in einen blutigen Bürgerkrieg entladen.

Es ist die Schicksalsfrage an die Partei der Nichtwähler, ob sie das wollen. Ob sie den Bürgerkrieg wollen mit all seinen Folgerungen, mit Währungszerfall und wirtschaftlicher Verarmung, mit außerordentlichen Verdwindungen im Fall einer „nationalen“ Diktatur, mit Einfrierung der Young-Dankungen und Wiederbelebung des Rheinlandes. Muß denn in Deutschland jeder politische Fehler zweimal gemacht werden. Der Bürgerkrieg, den die Rechte gemollt und verschuldet hat, sollte uns doch belehrt haben. Die zahllosen Frauen und Männer der sechs Millionen starken Nichtwählerpartei haben diesbezüglich eine schwere Entscheidung zu treffen. Die Überlegung, ob sie Bürgerkrieg oder friedlichen Aufbau wollen, mühte auf ihrer Seele laßen und sie aus ihrer Keiverei dem Staate gegenüber heranzutreten lassen. Diese entlastende Staatsbürger mühen sich ihrer Verantwortung bewußt sein. Es ist ein feiger Standpunkt, aus feiglicher Angstlichkeit und Ueberzuehrigkeit auf seiner Partei die Stimme zu geben und dann zu meinen, man habe wenigstens einen Fehler vermieden. Ihnen ruhen wir mit Friedrich Nietzsche die Mahnung zu: „Auch was ihr untertut, meißt om Wandel aller Menschensunt!“

Folgen der Schieleichen Zollpolitik

Dänischer Boykott des deutschen Handels

CBS, Kopenhagen, 10. Sept. Die Vereinigten Elektrizitätswerke von Südjütland haben ein Angebot auf Lieferung eines Generators, das von einer deutschen Firma eingereicht war, mit der Begründung abgelehnt, daß Deutschland sich wegen der deutschen Handelspolitik, die auf eine Schädigung des dänischen Wirtschaftslebens hinausläufe, wehren müsse. Dieser Fall scheint, das Vorbild eines Boykotts zu sein, der dänischerseits über Deutschland verhängt werden soll, denn gleichzeitig ist die Nachricht ein, daß der jüdische Meierereier in Kolding eine Entschädigung verlangt habe, in der er die Demanstration der Meierereien und den Wandwirtschaftsrat dazu auffordert, einen allgemeinen Boykott gegen deutsche Waren zu organisieren.

Deutschland bekommt jetzt bereits keine Quittung für die großagrarische Politik des Bürgerblockkabinetts. Wenn das deutsche Volk nicht will, daß diese Boykottbewegung des Auslandes noch weiter ausgedehnt wird, muß es am 14. September sozialdemokratisch wählen!

Palastrevolution bei den Danziger Hakenkreuzlern

Danzig, 10. Sept. (Ein. Drabt.) Im Lager der Danziger Nationalsozialisten ist eine Palastrevolution ausgebrochen. Sie hat bereits zum Ausschluß des nationalsozialistischen Parteisekretärs Friede geführt. Im Verlauf der Auseinandersetzungen soll der Sturmführer Sibbe auf dem Marsi gefolien haben.

Krankenscheingebühr geht auf die Nerven

Nichtsjagerer Abwehrungsversuch

Schärfe Kritik an der neuen Krankenscheingebühr, die in der Weltfentlichkeit im Hinblick auf verschiedene Fälle geübt wurde, wo durch Verzögerung der Krankeneinweisung Leben und Gesundheit gefährdet wurden, ist dem Reichsarbeitsministerium auf die Nerven gegangen. Es heißt sich daher, jetzt mitzuteilen, die Aufschubbeschlüsse der Krankenkassen seien längst darauf hingewiesen worden, daß die neue Gebühr keine Voraussetzung für die Gewährung von Krankenscheinegebühren ist, sondern nur ein Sonderbeitrag des Versicherten sei, der vor allem in dringenden Fällen auch nachträglich entrichtet werden könne.

Nachträgliche Entrichtung in dringenden Fällen? Was das für Scherereien in der Praxis bedeutet, weiß jeder Krankenscheineinweiser. Daß mancher arme Teufel ebenfalls so und so oft über dem Arm zu gehen, weil er im Augenblick braucht, ist ebenfalls leicht zu erraten, und daß die Ausruker der Krankenkassen die 50 Pfennige mehr gerne riskieren, liegt auf der Hand. Wir bleiben deshalb bei der Krankenscheingebühr des Kabinetts Brüning als ein böses Ding.

100 000 Mark-Schwindel

Hilflos Scheidemann teilt uns mit:

„Drei Tage vor der Wahl macht die Rote Fahne eine furchtbare Enttüllung, nämlich die, daß ich bei einem Berliner Bankhaus ein privates Konto mit 100 000 M. hätte. Das ist das Blaupost für verarmte Proletarier. Das genannte Blatt wird die Frage auf, wieviel ich noch bei anderen Banken liegen hätte, wieviel in das Ausland verhöben ist und wieviel Steuer ich zahle. Weiter hat die „Rote Fahne“ mir vorläufig nichts vorzumerken.“

Das ins Ausland verhöbene Geld kann die „Rote Fahne“ sich mit den Nationalsozialisten teilen. Ich schenke es ihnen hiermit feierlich. Was ich an Steuern zahle, mag die Rote Fahne bei den aufständigen Finanzbeamten erfragen. Die bei meiner Bank von der Roten Fahne entdeckten Papiere bin ich bereit, der Roten Fahne sofort für 100 000 M. abzugeben. Ein solches Geschäft mit Herrn Münsenberg zu machen, bin ich jederzeit bereit.

Kommunistenhorden

Berlin, 10. Sept. Etwa 80 Kommunisten marschierten heute abend gegen 7 1/2 Uhr geschloßen die Wilhelmstraße entlang und ariffen den Posten vor dem Reichspräsidentenpalais, einen Wachmeister, fällig an. In der Notwehr gab der Beamte einige Schüsse ab, durch die aber niemand verletzt wurde. Der Demonstrationzug bewachte sich dann in Richtung nach den Linden weiter und wurde wegen Verletzung der Panzerverordnung in der Behrenstraße aufgelöst. Fünf Personen wurden zwangsarrestiert und der Aufteilung la zugeführt.

Entrüstung über Brüning

Köln a. Rh., 10. Sept. (Ein. Drabt.) Als in einem großen Kölner Kinotheater ein Tonfilm mit Hühnermimikrie des Reichskanzlers Brüning angekündigt wurde und der Reichskanzler auf der Beirandung erschien, um die zahlreich erschienenen Zuschauer für seine Notverordnung zu begeistern, brach ein Sturm der Entrüstung aus, wobei über die ersten Sätze Brünings hinaus nichts zu hören war. Die Leitung des Theaters ließ den Film nach den Mißbilligungsgedungen sofort abbrechen. Und das in der Hochburg des Zentrums, in Köln!

Bölkerverammlung

Genf, 10. Sept. Zum Präsidenten der Bölkerverammlung wurde in geheimer Wahl der erste rumänisch: Delegierte Titulescu mit 46 von 50 Stimmen gewählt. Titulescu gehört dem Bölkerverbund als Delegierter Rumaniens seit Bestehen an.

Freistaat Baden

Zentrum und Frauenwahlrecht

Der Schatz im Ader

Zu dem von uns bereits behandelten Frauenwahlrecht des Zentrums erhalten wir noch folgende Zuschrift:

Es ist eine feine Sache, wenn man etwas geschenkt bekommt. Noch feiner aber ist es, wenn man etwas gegen seinen Willen geschenkt bekommt, etwas, gegen das man sich mit Händen und Füßen wehrt und das sich dann im praktischen Gebrauch so segensreich und vorteilhaft auswirkt.

Jesus erzählte einmal folgendes Gleichnis: „Das Himmelreich ist gleich einem verborgenen Schatz im Ader, welchen ein Mensch fand. Er verbat sich ihn und ging hin vor Freunden über denselben und verkaufte alles, was er hatte, und kaufte den Ader.“

Ohne Zweifel hat sich das Zentrum gegen die Einführung des Frauenwahlrechts mit Händen und Füßen gewehrt. „Die Frau sei untertan dem Manne“ und ähnliche Sätze aus der Bibel sollen jedenfalls diese Stellungnahme begründen. Man ging einfach an der Tatsache vorüber, daß schon vor dem Kriege sich Millionen von Frauen, ob verheiratet oder unverheiratet, in irgend einer Stellung im Arbeitsprozeß oder Berufsleben befanden; wenn man schon vor nicht langer Zeit will, daß auch die Hausfrau und Mutter als Verbraucherin einer Unmenge von Gütern und als Erzieherin der künftigen Staatsbürger und Arbeitskräfte ein wichtiges Glied des Wirtschaftslebens darstelle.

Es erging dann dem Zentrum wie dem im Gleichnis erwähnten Manne, daß es auf einmal gemahrt wurde, welche gewaltigen Kräfte im Frauenwahlrecht schlummerten, die man so nur auszulösen brauchte, um sie als Triebkräfte für die eigenen Parteizwecke nutzbar zu machen. Aber wie sollte das Zentrum den eigenen Anhängern klar machen, daß das, was man bisher bekämpft hat, im Grunde so wertvoll sei? Wozu gibt es denn übermenschliche und übernatürliche Kräfte, wenn man mit ihnen eine Sache schmacht machen kann? Also her damit!

So lesen wir in einem Zentrumsflugblatt, das nun zu Tausenden in die katholischen Familien flattert und sich hauptsächlich an die katholischen Frauen und Jungfrauen wendet:

„Es war eine Fügung der Vorsehung, daß uns bei der Revolution von 1918 das Stimmrecht gegeben wurde.“

Man kann doch nicht seinen treuen Schülern sagen, daß man sich eine alte Forderung der Sozialdemokratie, der man doch Zerstückelungsabsichten an der christlichen Kultur nachsagt, zu Nutzen machte. Im Jahre 1891 forderte die Sozialdemokratie als erste Partei „das gleiche Wahl- und Stimmrecht für alle Wähler und Wählerinnen ohne Unterschied des Geschlechts“. Und am 12. November 1918 verkündeten die sozialdemokratischen Volksbeauftragten das gleiche politische Wahlrecht für Mann und Weib vom 20. Lebensjahre an, was dann unter Zustimmung des Zentrums auch in die Weimarer Verfassung aufgenommen wurde.

Das Zentrum aber „ging hin und verkaufte alles, was es hatte und kaufte den Ader“. Denn es ist ja kein Geheimnis, daß überall da, wo man (wie z. B. in Karlsruhe) nach Geschlechtern getrennt abstimmte, die Tatsache sich ergab, daß das Zentrum oft mehr als doppelt so viel weibliche als männliche Stimmen erhielt und daß die sozialistischen Parteien immer weniger weibliche als männliche Stimmen erhielten. In Bremen konnte man feststellen, daß die Sozialdemokratie die Mehrheit hätte, wenn es kein Frauenstimmrecht gäbe. Auch im Reichstag würde die Sozialdemokratie eine führende Stellung einnehmen. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem auf ihrem Grundsatze des gleichen Wahlrechts für Mann und Weib beharrt, so tut sie das aus einem einseitigen Realismus heraus und aus der Erkenntnis, daß die Entwicklung der Welt doch recht geben werde.

Wie haben aber alle bürgerlichen Parteien die Einführung des Frauenwahlrechts ihren weiblichen Wählern angedeutet? Das zeigt sich neben der Politik, die diese Parteien für bzw. gegen die Interessen der Frau treiben, in der Wahl ihrer weiblichen Abgeordneten. In der Nationalversammlung gehörten von 41 weiblichen Abgeordneten allein 21, also über die Hälfte, der Sozialdemokratie an. Auch im letzten Reichstag gab es 20 sozialdemokratische weibliche Abgeordnete gegenüber 13 bürgerlichen und kommunistischen weiblichen Abgeordneten.

Wählerinnen, sieht am 14. September aus dieser Tatsache die Konsequenzen!

In jenem Zentrumsflugblatt heißt es dann weiter:

Die katholischen Frauen und Jungfrauen haben dadurch (durch das Frauenwahlrecht!) D. Verf. die bedrohte Staatsordnung gerettet!

Sowohl die Wählerinnen, die 1918 und bisher bürgerliche Parteien und Zentrum wählten, haben eine bedrohte Ordnung gerettet, die weiter darauf bedacht war, wie die letzte Brünnling-Regierung sein, die Lappen auf die breiten Massen abzuwälzen. Die Wählerinnen haben Parteien ihr Vertrauen geschenkt, die weder das Interesse der weiblichen Arbeiterin noch die der Hausfrau vertreten.

Darum kann es nur eine Lösung für die weibliche Wählerin geben:

Wählt die Sozialdemokratie (Liste 1)!

Die schon seit Jahrzehnten eintritt für Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben, für Niederlegung der gesellschaftlichen Scheidewallen, für Schutz der weiblichen Arbeitskraft, für Mutter- und Säuglingschutz, für den Schutz der kinderreichen Familie, für ein menschenwürdiges Dasein des arbeitenden Volkes!

Nicht die Vorsehung hat auch Frauen dieses Kampfmittels des Frauenwahlrechts gegeben, sondern die Sozialdemokratie!

Berta Härdle.

Kulturpolitik und Staatspartei

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben:

Wie die Alltagsmeine deutsche Lehrerschaft mitteilt, ist der demokratische Fraktionsvorsitzende im badischen Landtag, Lehrer Julius Reiber, Vorsitzender des badischen Lehrervereins, auf eigenartige Weise um das so für sichere Reichstagsmandat gekommen. Er war auf dem Parteitag der demokratischen Partei seitens am 27. April als Spitzenkandidat aufgestellt worden. Nach Gründung der Staatspartei hat er eine starke Gegenwehr gefunden. Es wurde betont, daß nicht das Befehlsmittel Reibers zum Faschismus und zur Linksdemokratie das Hindernis für seine Kandidatur bilde, sondern lediglich die Tatsache, daß er als Persönlichkeit parteipolitisch zu sehr absehbarm sei. Die neue Staatspartei personale neue Männer mit parteipolitisch möglich geringerer öffentlicher Bekanntheit. Reiber lebte es dann ab, seinen Namen für die Staatspartei weiter zur Verfügung zu stellen.

Das ist höchst eigenartig. Der Mann, der in Hessen sich warm besonders für demokratische Kulturpolitik einsetzte, wird von den neu in die Staatspartei eingetragenen Leuten, die nicht von der demokratischen Partei herkommen, als Belastung empfunden. Das veranlaßt uns, doch einmal das kulturpolitische Manifest der neuen Staatspartei zu untersuchen. Auch hier ist der

Zug nach rechts zur sogenannten „christlichen Konzentration“, der bekanntlich „christlich“ nur Ausbauseinbild ist, ohne weiteres zu erkennen. Die ehemalige demokratische Partei war stols auf ihren Programmpunkt von der „Gemeinschaftsschule“. Sie fühlte sich geradezu als Hüterin freirechtlicher Kulturpolitik und erhob gegen die Sozialdemokratie zu verschiedenen Zeiten die allerbestigsten Vorwürfe, namentlich wegen zu weitem Entgegenkommen gegenüber den Religionsgemeinschaften.

In dem neuen Manifest der Staatspartei ist die Forderung der Gemeinschaftsschule nicht ausgesprochen. Dagegen finden sich in dem Teil, der sich mit dem Verhältnis des Staates zur Kirche befaßt, einige verschömmene Sätze, aus denen man das Befehlsmittel zur Gemeinschaft wirklich nicht herauslesen kann, die der Anhänger konfessioneller Schulgliederung ebenso unterschreiben kann, wie die Jungdemokraten. Es heißt dort: „Die Verschiedenheit der Befehlsmittel muß durch die Anerkennung überbrückt werden, daß jede Konfession dazu berufen ist, in ihrer Eigenart mit den ihr geistlich anvertrauten und ihr noch heute lebendigen Wahrheiten und Kräften der Volksgemeinschaft zu dienen.“ Das bedeutet eine harte Konzeption. Es ist doch bekannt, daß es z. B. zur „Eigenart“ der katholischen Kirche gehört, ihre Kulturpolitik auf dem ganzen Erdball nach dem kanonischen Rechte einzurichten. Das ist ein Stück ihres Wesens, ihrer Eigenart und die grundsätzliche Forderung ist eben die konfessionelle Schule. Auch der weitere Satz von der „naturgegebenen Verantwortung der Eltern insbesondere im Hinblick auf die religiöse Erziehung des Kindes“ ist insofern bedenklich, als die religiöse Erziehung von einer naturgegebenen Verantwortung der Eltern abgeleitet wird. Wer weiß, daß die konfessionelle Schulgliederung über den Weg des Naturrechts hergeleitet wird, wird diese Formulierungen so plausibel finden, daß alle Mäßigkeiten hier unterdrückt werden können.

Die Unklarheit der Ziele spricht auch aus dem Satz, daß die Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche Reichssache sei. Das ist nur der formale Weg. Nichts ist über den Inhalt dieser Grenzziehung gesagt und auch nichts darüber, ob die Regelung durch Gesetz oder Vertrag zu geschieden habe. — Alles das sind Punkte, über die die alten Demokraten sich sehr klar waren und der Sozialdemokratie des öfteren Vorwürfe machten.

Auch in Bezug auf die Forderungen über die Gestaltung des Schulaufbaus sind die Richtlinien des Manifests so vage, daß der von Marx angedeutete Anknüpfung nach rechts in ihnen wenig Hindernisse findet. Alles in allem: Wenn die erstrebte Sammlung auf Kosten der bis jetzt stols hochgehaltenen Grundtöne erfolgen soll, hat man allen Grund, der Staatspartei gegenüber kulturpolitisch zunächst vorläufig zu sein.

Neben kulturpolitisch freirechtlich denkende Staatsbürger wählbar am 14. September die Liste der Sozialdemokraten.

An die Beamten Badens!

Sozialdemokratie ist die Lösung am 14. September

Der alte Reichstag ist aufgelöst! Die Sozialdemokratie konnte die reaktionären Maßnahmen des Kabinetts Brüning nicht billigen. Finanzpolitische Schwierigkeiten mit Hilfe des Art. 48 Abs. 3 lösen wollen, heißt die Verfassung brechen, heißt: Die Diktatur an Stelle der Demokratie setzen!

Die Sozialdemokratische Partei hat die „Reichshilfe der Beamten“ abgelehnt, weil diese das Opfer einer Klasse, nicht aber das Opfer der Allgemeinheit bedeutet.

Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftsparteien und die mehr und weniger gemäßigten Konservativen wollen Brüning und sein Kabinett auch weiterhin stützen; das bedeutet: weitere Eingriffe in die wohlverdienten Rechte der Beamten! Nicht durch Besteuerung der wirtschaftlich Starken soll das Defizit im Reichshaushalt gedeckt werden, sondern durch Zölle, indirekte Steuern, Kürzung der Beamtengehälter und Abgaben auf die Verbraucher, die wirtschaftlich Schwachen!

Hitler und die schönen Frauen!

G. Feder, der Theoretiker der Hakenkreuzler, schrieb im August 1923 an Hitler:

„Mit wachsender Sorge sehen wir diesen unhaltbaren Zuständen zu. Wir verkennen nicht, dass es dem Führer vergönnt sein muss, im Kreise schöner Frauen Erholung zu finden. Aber wir sehen, dass der Führer in einen Kreis von Menschen hineingeraten ist, der alles andere als fördernd und günstig bezeichnen werden kann...“

Und dieser Mann führt heute noch die Hakenkreuzler. Eine feine Partei!

Gibt die Antwort:

Wählt Sozialdemokraten

Liste 1

Die Diktatur Adolf Hitlers

In Müllheim i. B. sprach am vorigen Sonntag der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Merk aus Grafenhausen, welcher bekanntlich im Landtag bei der Beratung des Wohlfahrts-Voranschlags sagte:

„Es ist nicht angebracht, daß wir für Unheilbare, für Krüppel und Sieche Millionen Mark aus der Allgemeinheit herausnehmen. Es ist auch nicht angebracht, daß man in der Fürsorge zu weit geht, daß der Kranke sich vermehren kann. Wir müssen uns fragen, ob der Gesunde vernichtet und der Kranke gehalten werden soll.“

Unser Gen. Großhans bemerkte dazu mit Recht, daß etwas roh und herzloseres im Landtag noch nicht gesagt worden ist. Dieser berüchtigte Merk verkündete in der erwähnten Versammlung die Diktatur Hitlers in seinen Schlussworten wie folgt:

„Die Nationalsozialisten wollen das heutige System mit seinen eigenen Mitteln schlagen, um dann die Diktatur Adolf Hitlers aufzurichten.“

Diese Absichten Hitlers auf Errichtung der Diktatur in Deutschland sind nichts neues und anscheinend glauben seine Anhänger auch daran. Hitler selbst hat ja seinem Freund Straker gegenüber geäußert, daß er eine Auswahl der neuen Herrenschicht treffen werde. Aber soweit sind wir trotz aller nationalsozialistischen Hoffnungen noch nicht. Hitler hat ja auch bei dem bekannten Vorkampftag am 8. November 1923 erklärt: „Der morgige Tag wird Deutschland frei oder uns alle tot.“ Aber Hitler lebt noch heute und ist anscheinend durchaus nicht gewillt, für Deutschlands Freiheit sein kostbares Leben herzugeben. Die Worte des Landtagsabgeordneten Merk beweisen aber, welche Hoffnungen auch die Nationalsozialisten haben.

Es muß am 14. September dafür gesorgt werden, daß den Nazis der Diktatur-Rolle ausgetrieben wird.

Hundertprozentige Verteuerung der Bahnsteigkarten

Ist das Preisabbau?

Seit 1. September kostet die Bahnsteigkarte das Doppelte des vorherigen Preises, also 20 Pf. Unbedingt übertrieben ist diese Verteuerung der Bahnsteigkarten um volle 100 Prozent! Es geht entschieden zu weit, diese Verdoppelung einer Gebühr, für welche die Reichsbahn eigentlich keine Gegenleistung bietet. Die „Großzügigkeit“ wirkt abfälschend, sie wird dazu führen, daß Bahnsteigkarten viel weniger als bisher benutzt werden. Soll die der Zweck der Verteuerung sein?

Die mit dem Großkapital und dem Großagrariertum verbundene bürgerlichen Parteien wollen den Beamten nicht helfen. Deshalb hört man das gesamte Bürgertum stündlich über die angeblich hohen Beamtengehälter zeteren. Was wir wollen ist ein freirechtliches Beamtenrecht und ein soziale Besoldungsordnung!

Eine gerechte Besoldung der Berufsbeamten kann aber nur durch eine starke, unabhängige Partei erreicht werden, der Partei alle mit dem Kopf und der Hand Verketteten, nur durch die SPD.

Deshalb, werde Kollegen, erkennt endlich eure Klassenlage! Schafft die Einheitsfront aller Schaffenden! Ihr allein gehört die Zukunft in einer Zeit internationaler Kartelle und Trusts! Schließt Euch der Sozialdemokratischen Partei an und gebt eure Stimme am 14. September

der Sozialdemokratischen Partei, Liste 1!

Landeswerbeauschuss und Ortswerbeauschüsse der sozialdemokratischen Beamten Badens.

Hübsche Mädchen und ihre Gegensätze

Stimmungsbild aus einer Sakentkrenzerverammlung

Im Berliner Tageblatt finden wir ein niedliches Stimmungsbild über eine Sakentkrenzerverammlung, in dem u. a. folgende Feststellungen gemacht werden:

Zunächst kommt eine Niedlichkeit. Drei junge Mädchen hüpfen die Tribüne entlang und überreichen den Rednern Rosensträuße. Man muß auch dem Gelehrten das Gute lassen, — die drei sind hübsche junge Mädchen, und es sieht nett aus, wenn sie Blumen um halbverlesen wieder abtanzen. Aber dazu braucht man schließlich nicht das Dritte Reich. Ich sage nichts gegen die netten Kinder wirklich reizend. Aber ich kenne Mädchen ganz ohne Politik, die noch hübscher sind.

Ausgesprochen nicht hübsch ist dagegen der Reichstagsabgeordnete Gregor Straker. Ich bin kein Revolutionär, aber das weiß ich, wenn ich einer wäre, würde ich unbedingt schlant sein, sogar bauer. Ich müllerte, bis das letzte Gramm Fett weg wäre, und würde mich hohle Wangen anschaffen, wenn es auch schwer fiel. Aber der Straker ist nach dem Reichstagsbandbuch Vorkämpfer in München und so sieht er auch aus. Es muß schon viel dunkles Bier durch ihn gelaufen sein, das eine Menne von seinem stärkenden Inhalt dabei zurückgelassen hat. Die Wangen sind gepuffert und die Nasen feist, wieviele Löcher muß das Koppel im Lauf der Zeit nachgelassen haben? Trotz kurzen Hosen und wollenen Strümpfen sieht es nicht aus, als ob der Sport ihm viele Mühe machte. Um wenn er von den „Opfern“ spricht, die „die Bewegung“ schon gelöst habe, so glaubt man ihm selbst weder die Opfer noch die Bewegung. Sondern es daht wunderbar hinter einen bayerischen Stammisch, und dortbin gehören auch keine nachdenklichen Anmerkungen über die Philosophie der Geschichte. Etwa so: durch die französische Revolution sei der Materialismus in die Welt gekommen und der Nationalismus sei gekommen, um sie und ihn zu überwinden. Kein schöneres Thema, das man etwa bei Friedrich Lutens und Leber warst in Geleitels bei Traunstein in Oberbayern erörtern könnte.

Nach ihm Göring. Wie schlant und frisch er einmal war, ein schneidiger Leutnant in der Vitema, das zeigt sein Bild, aus jüngerer Zeit herporraesogen, das er dem Reichstagsbuch zu Reproduktion aneschen hat. Heute könnte ihn niemand mehr daran erkennen. Auch ihm wählten sich Wangen und Nasen zu einer satirischen Nacht.

Der Meister des Schwergewichts tritt zuletzt auf. Goebbels. Da Schwergewicht ist erschreckend klein und dünn, der Oberkörper ist schwächlich er ist zu groß für die Beine, und der Kopf ist wieder zu groß für den Körper. Das Kind flieht, und der Schwächling geht fälschlich nach hinten gebuchtet. Weil doch hier so viel von guter und schlechter Rasse geredet wird, — die Rasse löst sich nicht denken, die ihn gern für sich in Anspruch nehmen würde.“

Chorgesang und Reichstagswahl

Der staatspolitischen Umwälzung im Jahre 1918 hat man von Regierungsseite dem Gesangs mehr Beachtung geschenkt. Schulgesang widmete man größere Aufmerksamkeit. Die Schulen von Chorleitern geleitet. Die Chöre in den Gemeinden wurden durch Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu fördern. Chorgesang soll helfen, das Chaos zu entwirren, das der Krieg hinterlassen hat.

Die allgemeine Erklärung trifft nicht ganz den Kern der Sache. Im Jahre 1918 änderten politische Verhältnisse eine größere Bewegungsmöglichkeit für das Chorleben. Die Rechte der Chorleiter sind von der Wahrnehmung ihrer Pflichten getrennt. Die Rechte der Chorleiter sind von der Wahrnehmung ihrer Pflichten getrennt. Die Rechte der Chorleiter sind von der Wahrnehmung ihrer Pflichten getrennt.

Die Rechte der Chorleiter sind von der Wahrnehmung ihrer Pflichten getrennt. Die Rechte der Chorleiter sind von der Wahrnehmung ihrer Pflichten getrennt. Die Rechte der Chorleiter sind von der Wahrnehmung ihrer Pflichten getrennt.

Befennnis zum Sozialismus!

Die bürgerlichen Sänger haben — leider auch die darin versessenen Arbeiter — einen solchen Befennnis fern. Sie wollen nicht, wie erst durch die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen nach dem Kriege geschaffen wurden, das Interesse für den Chorgesang gehoben werden konnte. Sie wollen nicht erkennen, dass der Chorgesang nur ein Mittel ist, um Menschen nicht erdrückt werden zu lassen, sondern um sie zu erheben. Sie glauben immer noch an die „neutrale Liebe“.

Die Rechte der Chorleiter sind von der Wahrnehmung ihrer Pflichten getrennt. Die Rechte der Chorleiter sind von der Wahrnehmung ihrer Pflichten getrennt. Die Rechte der Chorleiter sind von der Wahrnehmung ihrer Pflichten getrennt.

Weitere Verschlechterung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes

Das Landesarbeitsamt Südbadens hat mit: Die Verschlechterung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes hat sich auch in der zweiten Hälfte des August fortgesetzt.

Die Berichte der Arbeitsämter lassen als Gründe für die Verschlechterung des Arbeitsmarktes die vorzeitig einsetzende Herbstmühsal in den Saisonberufen und eine weitere konjunkturelle Verschlechterung erkennen.

Die Zahl der Arbeitslosenunterstützung hat sich ebenfalls vergrößert. In der Arbeitslosenunterstützung betrug die Zunahme 8401 Personen in der Arbeitslosenunterstützung 550 Personen. Davon entfielen auf Baden 2469 und auf Württemberg 1482. Es ist zu bemerken, dass die Zahl der Arbeitslosenunterstützung in Württemberg entfallen. Nach dem Stand der Arbeitsämter betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen am 31. August 1930:

Baden	73 967 Personen (60 496 Männer, 13 471 Frauen).
Württemberg	18 594 Personen (15 805 Männer, 2 789 Frauen).
Gesamtzahl der Unterstützten	stieg in der Zeit vom 16. bis 31. August um 8 610 Personen, das sind 4,5 v. H.
Baden	88 610 Personen (71 301 Männer, 17 309 Frauen) auf 92 561 Personen (75 801 Männer, 16 760 Frauen); davon kamen auf Württemberg 34 232 gegen 31 763.
Baden	58 329 gegen 56 847 am 15. August 1930.

Die Zahl der Arbeitslosenunterstützung kamen am 31. August 1930 auf 1000 Einwohner 15,4 Hauptunterstützungsgeldempfänger gegen 17,6 am 15. August 1930.

Fords Kölner Fabrik

Die Lage wurde im Kölner Industriegebiet mit dem Bau der Ford-Fabrik begonnen. Der gesamte Bauvertrag beläuft sich auf rund 6 Millionen Mark. Er wird sich im Laufe der nächsten Monate wesentlich erhöhen. Die Rheinfront des Hauptgebäudes beträgt 170 Meter, die Tiefe 130 Meter. Bei dem Bau werden ungefähr 800 bis 1000 Arbeiter beschäftigt. Fertig wird die Fabrik voraussichtlich am 1. März 1931, beschäftigt werden nach der Fertigstellung im ersten Anbau rund 1500 Arbeiter. Die offizielle Eröffnung erfolgt Anfang nächste Woche durch Herrn Ford.

Eugen Diederichs gestorben

Am 10. Sept. Nach schwerem Leiden ist heute vormittag im Alter von 63 Jahren der Verleger Eugen Diederichs gestorben.

Achtung Kriegsoffer! Hört mal zu!

Von Erich Kohnmann (Stuttgart)

Während des letzten badischen Landtagswahlkampfes war in der gesamten Zentrumspresse folgende Notiz zu lesen:

„Nach keine Regierung hat so einschneidende Verschlechterungen in der Versorgung der Kriegsoffer getroffen, wie die von den Sozialdemokraten beherrschte jetzige Regierung. Der Reichsarbeitsminister Wiffell, ein Sozialdemokrat, hat bei seiner Einlaufstellung 25 Millionen für Kapitalabfindung einfach gestrichen. Hunderte von Kriegsoffizieren können somit ihre Kapitalabfindung nicht bekommen. Ihnen ist die Möglichkeit genommen, ein Eigenheim zu erhalten. Nicht genug damit, sperri dieser Sozialdemokrat noch die Auszahlung der Gelder für schon lange bewilligte Abfindungen. Viele Kriegsoffer kommen durch diese rigorosen Maßnahmen in eine verzweifelte Lage. Kriegserwitwen, die sich wieder verheiraten wollen, soll die ihnen zulebende Abfindung nicht mehr gewährt werden. Auf Anordnung des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers legen die Nachuntersuchungen wieder in verächtlicher Weise ein, was zur Folge hat, daß bei vielen die bisherige Rente gekürzt oder ganz entzogen wird. So geht die Sozialdemokratie mit den Kriegsoffizieren um.“

Der Deutsche, das Blut der christlichen Gewerkschaften, hat vor kurzem diese Vorwürfe in anderer Form erneuert und wiederum hat sich die Seelensange durch die gesamte bürgerliche Presse gewälzt, vor allem durch die Zentrumspresse, die selbstgefällig bemerkt, die Schandtat seien vornehmlich „obwohl nicht Dr. Brüning, sondern der Sozialdemokrat Hermann Müller Reichsminister war und mit ihm noch weitere vier sozialdemokratische Minister an der Regierung beteiligt waren.“ Die Presse des Stahlhelms, der Kriegserwitwen und der Nazis hat diese Angriffe selbstverständlich unbedenkenlich übernommen. In diesen Angriffen ist jeder Satz eine Unwahrheit.

Wahr ist, daß Wiffell den vollen Anlauf von 88 Millionen Mark bei der Kapitalabfindung für die Kriegsoffer in seinem Vorschlag für 1929 aufgenommen hatte.

Nicht er hat die Streichung von 25 Millionen Mark veranlaßt; sie geschah gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten auf Drängen der Volkspartei, die ursprünglich sogar 40 Millionen abgeben wollte.

Als Wiffell im Sommer 1929 erkannte, daß die Mittel für die Kriegsoffer nicht ausreichen und neben neuen Mitteln die Zusage verlangte, daß im Haushalt 1930 wieder 88 Millionen für die Kapitalabfindung bereit gestellt würden, wie unter seinem Vorgänger Dr. Brauns, fand ihm in einer interparteilichen Besprechung die Koalitionsparteien unter der Führung des jetzigen Reichsfinanziers Dr. Brüning in den Arm gefallen. Wiffell hat dann noch im Haushaltsvoranschlag für 1930 wieder 88 Millionen gefordert. Darauf hat man ihm die Summe wieder auf 68 Millionen gekürzt. Im Haushaltsausgleich hat Wiffell persönlich eine Erhöhung auf 88 Millionen beantragt und begründet. Abgelehnt wurde

die Erhöhung von den jetzigen Regierungsparteien und den Deutschnationalen. Dieser Vorgang wiederholte sich in der Plenarsitzung vom 3. Juli 1930. Jetzt hat die Regierung Brüning weitere 14 Millionen an der Kapitalabfindung auf Grund der Notverordnung gestrichen. Niemand hat in der Sozialdemokratie jemals daran gedacht, den Kriegserwitwen die Beitragsabfindung streitig zu machen. Der Wiederbeginn der Nachuntersuchungen war schon von dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Zentrum) für 1. Januar 1930 angeordnet. Wahr ist, daß während der Tätigkeit des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers 23 500 Kriegsbeschädigte und rund 80 000 arme Kriegserwitwen in den Genuss früher entzogener oder zu Unrecht vorenthaltener Rente gekommen sind. Wiffell wurde deshalb in der bürgerlich-kapitalistischen Presse beschuldigt, „bemüht und unbemüht Simulanten“ begünstigt zu haben.

In der Reichstagsitzung vom 2. Juli 1930 — zwei Wochen vor der Auflösung also — habe ich die Zentrumsopposition wegen der unerhörten Angriffe öffentlich gestellt. Ihr Sprecher, der Abgeordnete Dr. Kront, hat darauf folgende Erklärung abgegeben:

„Sie haben dann, Herr Kollege Kohnmann, von der Kritik gesprochen, die eine Reihe Zentrumszeitungen an dem Verhalten Ihres Herrn Reichsarbeitsministers Wiffell geübt hat. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß ich diese Kritik nicht billige! Es hat gar keinen Zweck, gerade auf diesem Gebiete irgendwelche Vorwürfe zu erheben. Die Maßnahmen, die auch Sie erwähnt haben und die Ihr Herr Reichsarbeitsminister im vorigen Jahre durchzuführen mußte, waren aus der Not der Zeit heraus geboren. Ich und meine Freunde sehen es ab, dem Herrn Reichsarbeitsminister Wiffell den Vorwurf zu machen, daß er mit Rücksicht auf die Kriegsoffer unverantwortlich gehandelt habe.“ (Amtliches Reichstagsprotokoll über die 189. Sitzung vom 2. Juli 1930.)

Das Zentrum hat wohl gewußt, warum es eine solche Erklärung abgab. Das Zentrum war als Regierungspartei im Kabinett Müller nicht nur mitverantwortlich dafür, „wie man mit den Kriegsoffizieren umgeht“, sondern es hat zusammen mit der Deutschen Volkspartei innerhalb des Kabinetts der Großen Koalition die Sparpolitik an den Kriegsoffizieren gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie direkt erzwungen. Das Zentrum mußte am 2. Juli auch bereits, daß die von der Sozialdemokratie hartnäckig verteidigten Leistungen der Kriegsverlorenen von der Regierung Brüning rücksichtslos abgebaut werden, auch wenn die Gesundheitsfürsorge ganz zweifellos auf den Kriegsdienst zurückzuführen ist. Der Antrag der Sozialdemokraten, Verlorenen wenigstens noch auszulassen, wenn es sich um Schwerbeschädigte handelt, wurde von den Parteien des Kabinetts Brüning und den Deutschnationalen niedergestimmt. Die von Monat zu Monat wachsende Finanznot war den kapitalistischen Parteien ein willkommenes Vorwand, zu einem weitläufigen Schlag gegen die deutsche Sozialpolitik, von der auch die Kriegsofferverlorenen ein Teil ist.

Letzte Nachrichten

Pilsudskis Gewaltregiment Abgeordnetenverhaftungen in Polen

Warschau, 10. Sept. In der vergangenen Nacht wurden in Warschau und in der Provinz eine Anzahl ehemaliger Sejmabgeordneter verhaftet, die in der Mehrzahl zu den Organisatoren des Kongresses der Zentrumsparteien in Krakau am 29. Juli cr. gehörten.

Die Warschauer Anwaltskammer hat wegen den Verhaftungen sofort protestiert. Gleichzeitig haben alle demokratischen Oppositionsparteien am Mittwoch einen gemeinsamen Aufruf zur Rettung des bedrohten Rechts der Volksfreiheit erlassen, worin gefordert wird, die Diktaturregierung Pilsudski habe das Land so gerettet, daß für fremde Imperialisten gar kein Anreiz zum Einmarsch geschaffen sei. Die Opposition verlangt demgegenüber Rückkehr zur Demokratie, verstärkte Sozialpolitik und friedliche Außenpolitik zur Sicherung der Landesgrenzen.

Sozialdemokratische Gegenaktion

Berlin, 11. Sept. (Hunddienst.) Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat am Mittwoch an das Büro der sozialistischen Arbeiter-Internationale in Zürich folgenden Brief gerichtet: „Werde Genossen! Die auf Befehl der Regierung Pilsudskis vorgenommene Verhaftung von Parlamentariern aus den Reihen der Oppositionsparteien Polens, insbesondere von führenden Genossen W. ist ein Ereignis von weittragender Bedeutung, das eine unersetzliche und kraftvolle Aktion der Internationale gegen die faschistische Gewalttat unerlässlich erscheinen. Die gegenwärtige polnische Minderheitsregierung hat damit bewiesen, daß sie die Aufgaben der verfassungsmäßigen Legitimität, die sie bisher wenigstens dem Schein nach noch zu respektieren vorgab, endgültig verlassen hat. Marischall Pilsudski steuert nunmehr einen bewußt faschistischen Kurs. Der Terror, der bereits bei den letzten Sejmwahlen von der Regierung freitlich ohne Erfolg angewendet worden war, wird bei den jetzigen Neuwahlen in unerhörtem Maße gesteigert, weil die militärisch-machtpolitischen Kräfte erkannt haben, daß sie bei einer wirklichen Volksbeteiligung in einer hoffnungslosen Minorität verbleiben würden.“

Die Internationale hat zweifellos die Pflicht, die Öffentlichkeit der ganzen Welt zum Protest gegen diese neue Untat der polnischen Regierung aufzurufen, die alle bisherigen Drangsalierungen der sozialistischen und nichtsozialistischen Opposition in Polen weit in den Schatten stellt.

Italienisch-jugoslawische Spannung

Paris, 10. Sept. (Eis. Draht.) Alarmierende Berichte englischer Blätter und Agenturen über eine drohende Zuspitzung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen werden von Paris Mith durch eine Privatmeldung aus Rom ergänzt. Demzufolge soll die faschistische Regierung die Mobilisierung von vier Heeresdivisionen in Kriern und den einzelnen Distrikten von Triume angeordnet haben.

Spionageaffäre in Sofia

Die im bulgarischen Kriegsministerium aufgedeckte Spionageaffäre hat in der Öffentlichkeit großes Aufsehen hervorgerufen. Trotzdem

schweigen sich die bulgarischen Blätter und die Behörden immer noch aus, um angeblich die eingeleitete Untersuchungsaktion nicht zu gefährden. Die umlaufenden Gerüchte nehmen nach den Selbstmorden einiger Offiziere aus dem Kriegsministerium und der Verhaftung hoher Polizeifunktionäre stündlich sensationelleren Charakter an.

Ein Hitlerkandidat

Berlin, 11. Sept. (Hunddienst.) Der nationalsozialistische Spitzenkandidat für Potsdam, ein Studienrat Holz aus Charlottenburg, hat sich zahlreiche sexuelle Vergehen schuldig gemacht. Ein Disziplinarverfahren ist bereits gegen ihn eingeleitet.

Strafantrag des preussischen Ministerpräsidenten gegen den baltischen Beobachter

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns auf Grund eines Beschlusses des preussischen Staatsministeriums Strafantrag gegen den baltischen Beobachter gestellt.

Max Hölz bei einer Wahlversammlung schwer verletzt

W. B. Hölz, 10. Sept. Im Verlaufe einer Wahlversammlung, in der Max Hölz sprechen sollte, kam es zwischen Hölz und einem Verleumdungsbeltücker, der einer anderen politischen Richtung angehört, zu einem Zusammenstoß, der das Signal zu einer wilden Schlägerei zwischen den Kommunisten und Nationalsozialisten war. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter auch Max Hölz, der eine Gehirnerschütterung, eine Rippenverletzung und Armerverletzungen davontrug.

Rückflug des „Graf Zeppelin“ von Moskau

Moskau, 9. Dez. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das gestern vormittag 8 Uhr in Friedrichshafen aufgestiegen war, ist heute mittag 12 Uhr hier gelandet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist bereits wieder zu seinem Rückflug nach Friedrichshafen aufgestiegen und hat bereits Königsberg überflogen.

Rückkehr aus Frankreich

Wie die Neue Bad. Landeszeitung meldet, kehrten zahlreiche Arbeiter aus den Drien der Vorderpfalz, die im Innern Frankreichs gearbeitet hatten, wieder in ihre Heimat zurück, da sie auf ihren Arbeitsplätzen in Frankreich vielfach von Polen und Italienern verdrängt wurden. Die Arbeiter klagen allgemein über die geringe Bezahlung, während die Kosten für Wohnung und Lebensmittel verhältnismäßig hoch sind.

Geschehener: Geora Schöpplin, Rentnerrin; Politik, Prellst. Baden, Reichsmilitär, Aus aller Welt, Seite Nachrichten: E. Grubbaum, Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Kleine das die Chronik Aus Mitteldoben, Durlach, Gerichtszettlung, Neulietzen, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten: Briefe, Gefelle, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Eämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck u. Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreundes G.m.b.H., Karlsruhe.

Trinkt Franz-Bier Rastatt

AUS * DEM * WAHLKAMPF

Gestaltet den 14. September zum sozialistischen Siegestag

Überall ausgezeichnete Wahlveranstaltungen

Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpflin sprach am vergangenen Freitag in Tribera. Der Besuch war sehr gut. Ein Nazimann, der zentert werden wollte, wurde an die frische Luft gesetzt. In der Debatte trat ein Agrarier aus der Bremer Gegend auf, der zur Kur in Tribera weilte. Er bekannte sich als begeisterter Landvolkmann und schmähte für Diktatur, Arbeitsdienstpflicht und deraileichen. Seine Ausführungen zeigten ein heiteres sprachliches Interesse. Als Propagandist für die Landvolkpartei muß er an der Wasserfontäne in den ländlichen Versammlungen Platz sprechen, hochdeutsch will man dort nicht hören. Kaum ein Bißchen im Redefuß, ging der Agrarier auch in Tribera zu seinem geliebten Platz über, worüber die Triberer sehr erstaunte Gesichter machten. Selbstverständlich verstanden sie den Mann von der Wasserfontäne nicht. Plötzlich hörte man eine sonore alemannische Stimme sagen: „Der soll bi Gott düütsch schwäse...“ Das verstand nun wieder der Mann von der Wasserfontäne nicht und er fühlte sich, weil alles lachte, etwas gefoppt. Schöpflin mokierte dann dolmetschend einreisen. — Am Samstag sprach Schöpflin in Oberachern. Die starken Gewitter, der manchmal wolkenbruchartige Regen und das mehrfache Aussetzen des elektrischen Stromes drohten die Versammlung zu vereiteln. Aber trotzdem kam ein den Umständen angemessener Besuch zustande. Am Sonntag sprach Schöpflin in Maßsch, in wirtlich gut besuchter Versammlung. Wie in Oberachern meldeten sich auch in Maßsch keine Gegner zum Wort.

Am Montag sprach Schöpflin in Donaueschingen in der städtischen Turnhalle, dem größten Versammlungsort, der überfüllt war und eine große Anzahl der Besucher sich mit Stiefeln auf den Korridoren und Treppen begnügen mußten. Hier trat ein Naziführer auf, der mit Remmeses sechs Reispferden und mit dem Salonwagen sich derart hamierte, daß er in dem ungeheuren Gelächter einfach versank. Am Dienstag nachmittag sprach Schöpflin in Schwenningen. Die Belegschaften der Uhrenfabriken waren nach Betriebschluss nach dem Kaffeeaal eingeladen worden. Es stellte sich aber sofort heraus, daß der etwa 1000 Personen fassende Saal viel zu klein war, so daß die Versammlung nach dem Marktplatz verlegt werden mußte. Vor mehr als 3000 Personen sprach Schöpflin dann vom Rathaus herunter. Die Kommunisten, die einst hier in Schwenningen waren, sind klein und zahl geworden. Nach Schluß dieser glänzenden Versammlung fuhr Schöpflin nach Billingen, um dort in der bis auf das letzte Plätzchen gefüllten Tonhalle abends zu sprechen. Hier traten zwei Kommunisten auf, die KPD-Wahlmaterial vorlesen und dann eine gebührende Abfuhr sich holten. Am gestrigen Nachmittag sprach Schöpflin in Bretten, wo die Gewerkschaften nach Betriebschluss die Arbeiter versammelten. Der Besuch war ausgezeichnet, ebenso die Stimmung. Ein verpörrter Nazimann holte sich eine gründliche Belehrung durch den Genossen Schöpflin. Dem Versammlungsbesuch und Versammlungsverlauf nach zu urteilen, mußte der 14. September für die Sozialdemokratie ein sehr gutes Wahlergebnis bringen.

Eine Abbückung

Das Süddeutsche Volksblatt Bretten brachte in Nr. 206 vom 5. September einen Versammlungsbericht über die in Gölshausen stattgefundene Versammlung der NSDAP, Ortsgruppe Bretten, der in seinem ganzen Umfang der Reichsweit nicht entspricht. Das die mäßigste Versammlung in Gölshausen den Brettenen Nazimännern schwer auf die Nerven geschlagen hat, beweist ja der völlig entstellte Bericht, aber ein Grund zur Verbittern von Unwahrheiten wäre dies nach langem nicht. Wenn die Naziverammlung von nur einem halben hundert Gölshäuser besucht war, und die Abhaltung derselben sich deshalb nicht lohnte, so fragen die Sozialdemokraten daran keine Schuld, sondern die Brettenner Nazi selber. Mehrere Tage vor der Versammlung besuchte doch der beruflose Adolf Weber von Bretten jeden Tag Gölshausen und erklärte den Leuten in großem Redeschwall, er sei Sturmführer der Brettenner Sturmabteilung, und würde diesen vollzählig nach Gölshausen bringen. Er hätte aber Befehl gegeben, keine Waffen mitzunehmen, durch Handbewegungen gab er aber zu verstehen, daß sie gute Häufte hätten. Ein anderer Nazijüngling mit Namen Ludwig Weib bei No. von Molltor, gab vormittags die Parole heraus: „die arbeitslosen Faulenzer sollen sich heute abend nur mühen, dann würden sie sehen was mit ihnen geschieht.“

Das nach solchen Kraftausdrücken unter der Gölshäuser Arbeiterchaft eine starke Erregung herrscht, wird wohl jeder begreifen, und daß der Brettenner Sturmtrupp nach diesen Vorgängen nicht mit Heil Hitler empfangen wurde, ist doch sicher nicht verwunderlich. Wie es den Brettenner Nazi nach solch frechem Auftreten in einem andern Ort ergangen wäre, vermögen wir nicht zu entscheiden. Fest steht aber, daß wenn das Kräfteverhältnis umgekehrt gewesen wäre, es ohne Blutergießen nicht abgegangen wäre. Selbstverständlich hätten dann die Nazis vor lauter Freude Puzelbäume geschlagen und das Süddeutsche Volksblatt hätte dann über einen großen Sieg der Nazi über die Sozialdemokraten berichtet. Daß sie nach einer solch groß angelegten aber klein ausgefallenen „Versammlung“ mit hängenden Köpfen und schleppendem Schritt untern Ort verließen, nimmt ihnen nach solch einem Scheitern niemand übel.

Unwahr in dem Bericht des Südd. Volksblattes ist, daß Gemeinderat Munding aus Bretten mehrere Runden geipendete hätte. Circa 80 Proz. aller Wirtschaftsbesucher hat überhaupt nichts getrunken. Ebenso entspricht es nicht den Tatsachen, daß die Kassavolle nur um dem Zweck, die Versammlung zu stören, geipendete hätte; denn um halb 9 Uhr war die Versammlung angelegt, und einige Minuten vor zehn Uhr fing die Kapelle erst an zu spielen.

Richtig aber ist, daß die Kapelle deshalb herbeigeholt wurde, um die Leute von den Nazimännern abzulenken, damit diesen ein unbedeutender Wagnis möglich war. Denn was mit den Hakenkreuzlern nach einer solchen Provokation geschehen wäre, ist heute nicht abzusehen.

Auch können wir die Nazis beruhigen. Es würde dem Konsumvereinsgeschäftsführer Gen. Munding sicher nicht schwer fallen, wenn er wieder an seine alte Arbeitsstelle zurückkehren müßte, denn er hat von Jugend auf das Arbeiten gelernt. Aber das können wir verschließen der Strichchen vom Hakenkreuz verschließen, daß wenn das dritte Reich kommt und sie das Arbeiten dann erst lernen müssen, sie bestimmt wieder bei denen sind, die das dritte Reich bekämpfen. Für den Gemeinderat Munding ist es auch absolut keine Schande, wenn er sich vom Schlosser durch seine Intelligenz zum Konsumvereinsgeschäftsführer emporgearbeitet hat. Eine Schande ist es aber doch, wenn ein ehemaliger Inhaber eines Elektrogeschäftes jetzt Arbeiter bei seiner Frau sein muß, oder wenn sich ein Bürstenfabrikant zum Bürstenbinder „herunter“ arbeitet.

Im übrigen können wir noch berichten, daß die Gegenveranstaltung der Arbeiter von Gölshausen im Wirtschaftsraum einen würdigen Verlauf nahm. Nach zwei kurzen Ansprachen wurden Musikstücke vorgelesen und von allen Anwesenden das Deutschlandlied voller Begeisterung gesungen. Im Nebenraum sangen die Nazi ihre Hitlerlieder und brüllten minutenlang, ob aus Herger vermögen wir nicht zu entscheiden, ihr Heul Hitler.

Das möge sich der Brettenner Nazisturm gefaßt sein lassen, wenn die beiden Genossen, die in ihrem Bericht mit Schmutz und Rot

besprungen wurden, nicht so energisch zu Ruhe und Ordnung gemohnt hätten, es wahrscheinlich nicht ohne eine gehörige Tracht Prügel für die Nazi abgegangen wäre. Im übrigen lehnt es die Gölshäuser Arbeiterchaft ganz energisch ab, sich von solchen Herrschaften politisch belehren zu lassen. Wenn diese Gesellschaft das Bedürfnis hat, eine politische Versammlung abzuhalten, so mögen sie dies in Zukunft in Bretten tun, es hat doch dort bestimmt Wirtschaften genug.

Dem Naziberichterhatter möchten wir aber mitteilen, daß wir in Zukunft auf solch gehässige Berichte nicht mehr antworten; denn mit solchen traurigen Elementen, die ihre ganze Tätigkeit darauf einstellen, ehrliche und anständige Menschen in den Rot zu ziehen, hat ein Sozialdemokrat nichts gemein.

Aus der Wahlbewegung im Bezirk Rastatt

Der letzte Sonntag vor der großen Entscheidungsschlacht wurde von der Sozialdemokratischen Partei Rastatt dazu benützt, die umliegenden Dörfer mit dem Lautsprecher und öffentlichen Wahlveranstaltungen zu bearbeiten. Trotz der schiefen Witterung am Sonntag nachmittag fanden die Konzerte in Iffesheim, Wintersdorf, Ottersdorf, Wittersdorf und Steinmauern bei der Wählerchaft dieser Orte das größte Interesse. Auch die durch den großen Lautsprecher verbreiteten Reden unserer bekanntesten Führer fanden großen Beifall. Die Flugblätter und die Verklebungseinladungen taten ihre Wirkung. Die Versammlungen in Wittersdorf wo Gen. Dilbert-Karlruhe, in Ottersdorf wo Gen. Köhler-Karlruhe, in Steinmauern, wo Gen. Koch-Karlruhe, in Wittersdorf wo am Samstagabend die Gen. Furrer-Karlruhe und Bleich-Rastatt sprachen, waren sehr gut besucht und nahmen durchweg einen guten Verlauf.

In Wittersdorf produzierte sich im Lügen der ehemalige Gemeinderat Pius Uria, Moskaujünger vom reinsten Wasser. Die Genossen Bleich, Furrer und Kerschler fertigten den KPD-Mann kräftig ab.

Aus dem geneigten Lager ist besonders bemerkenswert der Aufzug der bürgerlichen Wirtschaftspartei und Volkspartei am letzten Samstag nachmittag. Die sogenannte Staatspartei, eng verbunden mit der Partei Drehscheibe, hakte auf ihrem Lautsprecherwagen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gelb. Mause half und halb, wie bei Eugenbergs und Genossen! Die ehemaligen Demokraten von Rastatt gehen im Zungo und in der Volkspartei heute schon völlig unter. Man darf gespannt sein, was von der hiesigen Demokratie in Rastatt nach dem Wahlsieg noch übrig bleibt.

Die Nazi hatten auf letzten Samstag abend zu einer „gewaltigen Kundgebung für das dritte Reich“ eingeladen. Aber, o weh, die Massen kamen diesmal merkwürdigerweise nicht. Der große Löwenhof wies diesmal eine gähnende Leere auf. Die Rastatter Naziführer sind wohl von den Hitlerbrüden und Kräftekreieren der letzten Monate fast entleert. Der Verbeugungsprozeß hat anscheinend bei vielen Nazimännern ganz empfindliche Störungen erlitten. Auch die Räume der Nazis wachen nicht in den Himmel! Die Kommunisten sind bei diesem Volkskampf auffallend ruhig geworden. Die Konfuzens der Nazi-Sosis ist ihnen anscheinend in die Glieder gefahren. Sehr viele, die noch 1928 bei der KPD waren, sieht man heute in den Reihen der Hitler. Der Sprung von ganz rechts bis zur äußersten Linken wird keine übligen Früchte tragen.

Das Zentrum heulmeiert in allen Tonarten über den scharfen Kampf der SPD. Wenn man aber Tag für Tag in die Spalten der Rastatter Zeitung schaut, muß man feststellen, daß das Zentrum alle Register in diesem Volkskampf sieht, um der SPD eine Schlappe beizubringen. Der aufgewärmte Schwindel muß herhalten, um die böse und ungehörige Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel aussurotten. Auch diese Zentrumswünsche werden nicht in Erfüllung gehen; dafür sorgt die feierorganisierte Rastatter Arbeiter- und Angestelltenchaft. Am 14. September lautet für alle die Parole: Wiste 1!

Eine glänzende Wahlveranstaltung in Bruchsal

Am 14. September hatten sich in unserer Wahlveranstaltung eine überaus stattliche Föderchaft eingeladen; der Bürgerchaft war voll besetzt. Gegen dreizehn Uhr eröffnete der Vorsitzende, Genosse Siaber, die immanente Versammlung. Die Wohnung des Vorsitzenden und nachher auch der Appell des Referenten Reichstagsabgeordneter Dr. Marum, die Versammlung nicht zu stören, fielen auf fruchtbaren Boden. Auch nicht der geringste Zwischenfall oder Störung waren zu verzeichnen. Gen. Dr. Marum erinnerte zunächst an seine in Bruchsal verlebte Studentenzeit und auch daran, daß er in Bruchsal den Weg zum Sozialismus gefunden habe. Zum Thema des Abends übergehend, erläuterte er den Stoff des Abends in die drei Fragen: 1. Warum ist die Regierung

Müller gescheitert? 2. Warum ist der Reichstag aufgelöst worden? 3. Was geschieht nach dem 14. September? Der Redner behandelte zunächst eingehend die Politik der SPD in der Regierung Müller. Überzeugend legte er dann die Auswirkungen der Nationalisierung der Industrie und Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes, Arbeitslosigkeit und die Folge. Die Arbeitslosenversicherung sei kein Geschenk der Regierung, sie diene im gleichen Umfang auch dem Unternehmer. Es ging der Kampf im Frühjahr nicht nur darum, wer bezahlt wird, sondern auch darum, die Reichsliste in Ordnung zu bringen. Als die SPD in Opposition trat, mußte sie, wie sie tat, die Volkspartei allein hätte ihre Wünsche nicht durchbringen können, aber das Zentrum tat mit! Wenn wir Steuererlässe mitgemacht hätten, die Regierung hätte nicht heute auf morgen; er bestand die Reichsregierung selbst nicht von heute auf morgen; er bestand die Reichstagsauflösung kein Anlaß vor, denn „wie hat eine Regierung soicher und besser ihre Pflicht erfüllt, als die Regierung Brüning? Sie wollte sparen und hat gespart, aber nicht da, wo wir sparen wollten. Sparen will, gelangt sie im Sparreifer im Sozialetat auf 100 Millionenhöhe! Abg. Dr. Marum geht jedoch in längerem Zusammenhang mit dem Zentrum ins Gebet. Besonders verweist er nicht, was das Zentrum und die gegenwärtige Regierung immer wieder verweigert, daß nach Hilferding Moldenbauer die Finanzen vermalte und erst dann Dietrich.

Der Redner erläuterte dann die Möglichkeiten eines künftigen Regierungsbildung, und schilderte die Folgen einer weiteren Regierungsbildung. Die Wege der Sozialdemokratie sind klar bezeichnet. Nicht die heillosen Klasse allein soll zur Steuer herangezogen werden, sondern ebenso der Besitz und zwar im Verhältnis zu seiner Kraft. Redner legte sich weiter für die Notwendigkeit des Reichstagsauflösungsgesetzes ein; wenn die dazu notwendige Zweidrittelmehrheit zustande kommen sollte, würde sicher ein Volksentscheid den gewünschten Erfolg bringen. Mit einem eindrucksvollen Appell am 14. September die Wiste 1 zu wählen, schloß der Vortragende seinen Bericht mit starkem Beifall gemachten zweifelhafte Ausführungen. — Der Disziplin wurde kein Gebrauch gemacht, so daß Gen. Siaber die Versammlung für die Jugenddaruppe Durchsch freierhalten führte, die noch eine politische Revue: „Die Bürgerblock-Regierung“ führte, für die ebenfalls reichen Beifall erntete.

e. Krit. In einer gut besuchten Wahlveranstaltung am Sonntag, dem 14. September sprach Gen. Hermann-Karlruhe. Der Redner verband in allen Fragen die Anwesenden zu überzeugen, so daß der Erfolg als ein guter Erfolg für unsere junge Bewegung hier geschätzt werden darf. — Es wäre noch zu wünschen, daß diejenigen Arbeiter hier, die noch bürgerliche Zeitungen abonniert haben, endlich von hier zur Vernunft kommen und solche Blätter aus ihren Erregungszustand fernhalten, da die Arbeiterchaft und die sozialen Errungenschaften doch nur ständig von ihnen bekannt werden. Ebenso hat die Arbeiterchaft, deren Inhaber öffentlich für die Hakenkreuzler werben und dazu noch über Arbeiter und Arbeitslose schimpfen.

Kritik. Unsere Wahlveranstaltung am letzten Sonntag in „Krone“ nahm einen ausgezeichneten Verlauf, insofern was den Beifall auch als auch das Referat des Gen. Schneider von Baden betrifft. Die Erregungen dürften es nicht bereut haben, den schließlichen Ausführungen des Redners zuzuhören zu haben, was ohne Rede — wie es sonst von gar manchen Parteien geschehen wird — behandelt der Redner die Ursachen unserer Not, die Not des Bürgerblocks unter Zentrumsführung und die Politik der Sozialdemokratie. Aufmerksamkeit loteten die Zuhörer der ausgezeichneten Rede. Starker Beifall war der Dank. Aber vielen ist nun in die Tat umzusetzen: durch Stimmabgabe für Wiste 1, Wiste 1 für das arbeitende Volk auf dem Spiel! Deshalb muß jeder mit seinen Angehörigen, seinen Freunden und Nachbarn die Wahl wählen. Von unseren Volkstreuen werden wir erwartet, daß sie am Wahltag aufstehen werden, erst recht natürlich am Wahltag selbst!

Am Abend fand ein Filmunterhaltungsabend statt, der ebenfalls sehr gut besucht war. Nach Aufführung des bekannten russischen Films „Die Mutter“ wurde hier zum erstenmal ein Wahlfilm vorgeführt, der nicht weniger dankbar aufgenommen wurde und in hervorragender Weise zur Stimmabgabe für die Sozialdemokratie aufforderte. Der Beifall beherrschte diese Darbietungen sowie die Ausführungen des Gen. Hermann-Karlruhe. — Zeitungsbestellungen werden derzeit vom Austräger oder Herrn Seiert angenommen.

Wie die Kommunisten in Sowjet-Rußland rüsten!

1928/29
939
Millionen Rubel
1 Rubel = 2,20 M

1924/25
465
Millionen Rubel

so steigerte Rußland die Ausgaben für die Wehrmacht

Gewerkschaftliches

Terror in der Druckerie Badenia AG.
 Die Kreise des Buchdruckerverbandes sind unerschrocken. In der Druckerie Badenia — dem Verlag des „Bad. Beobachters“ — der seit Monaten ein junger Direktor seinen Versuch gemacht hat, durch allseitige Maßnahmen seine Befehlsbefugnis zu erweitern und durch Verdrängung von Kontrollmitgliedern das Personal dieser Druckerie laubsthaft zu kontrollieren, ist nicht nur das Personal, sondern auch die Arbeiter in diesem Betrieb überfallen. Zuerst hat der „Direktor“ es mit der Einweisung einer Kontrollfrau versucht, in der jeder Arbeiter zu tun hat, damit man genau auf die Minute feststellen kann, ob der Betreffende den Betrieb betreten oder verlassen hat. Weiter hat man den Eingang zum Betrieb durch ein Tor geschlossen, zu dessen Bedienung ein Portier angestellt wurde. Diese schändlichen Maßnahmen wurden vom Personal nicht hingenommen und abgelehnt. Weil nun auf diese Art beim Personal auszurufen war, fühlte die Direktion der Badenia auf andere Weise, das Personal kleinzuhalten. Unter allen Umständen sollte durchgesetzt werden, daß diese Stöcher vom Personal nicht mehr vertragen werden. Der Personalrat hat sich demgegenüber nicht nur nicht weigert, sondern hat auch die nötigen Maßnahmen ergriffen, um den Personalrat zu unterstützen. Die Arbeiter sind durch diese Maßnahmen in ihrer Arbeit behindert worden. Die Arbeiter sind durch diese Maßnahmen in ihrer Arbeit behindert worden. Die Arbeiter sind durch diese Maßnahmen in ihrer Arbeit behindert worden.

Gemeindepolitik

Nun sind sie entlarvt!
 Aus Gröningen wird uns geschrieben: Was am 1. September dieses Jahres auf dem hiesigen Rathaus geschehen ist, wird für alle Zeiten ein dunkler Markstein in den Annalen der hiesigen Gemeinde sein und bleiben. Mindestens 80 Prozent der hiesigen Einwohner können es nicht verstehen, daß man unter Arbeitlosen, umständlichen und hochbegabten Bürgermeistern 3. d. d. einen Mann, der 11 Jahre hindurch mit freudigem Interesse nur das Gemeinwohl der Gemeinde im Auge hatte, so läch und blindlings zum Rathaus hinauswarf. Aber nur Nachzügler, Profiklügel, Heuchelei und Pharisäertum haben diese Schandtat aufstehen lassen. Schon wochenlang vorher haben etliche Mitglieder der verbündeten bürgerlichen Rathausfraktion unter Ehrenwort hinausgejagt — darunter sogar solche, die jeden Tag von den Gröningen der Arbeiter abhängig sind —, daß nur Jüd der richtige Mann sei. Zu diesen gehört auch jener große, tonangebende Herr, der sich nicht nur nicht weigert, daß auch er vom Arbeiterstande herkam. Viele Jahre schon haben es diese Gegner verstanden, als Führer und Wortführer in den bürgerlichen Vereinen politisch zu werden. Ihr lieben Arbeiter, ist nicht so? Warum erliegen sie vor vier Jahren auf der Liste der bürgerlichen, sogar als Gemeinderäte? Hat nicht der Herr Jüd erreicht, daß anlässlich einer Gemeinderatswahl der bürgerliche (V. d. V.) das Amt überhaupt nicht annehmen konnte?
 Was Bürgermeister Jüd für die Gemeinde getan hat — Fehler macht jeder, der arbeitet —, kann sich für immer leben lassen. Uebersicht hat er ein maßvolles Auge. Wie hat er sich nur um die Arbeitslosen bemüht, um die ärmsten Geschöpfe der heutigen Zeit. Und wie hat er die Gemeinde nach außen hin im Verkehr mit seinen vorgelegten Behörden vertreten? Das sucht seinesgleichen. Aber nur weil er vom Arbeiterstande kam, haben ihn diese Behörden geliebt, eine Tat, die sie innerlich nie befriedigen kann und die sie auch nie veramtorten können.
 Darum, ihr Beamte, Angestellte und Arbeiter, auch wenn ihr ein Häuslein oder 3-4 Teller euer eigen nennen könnt, am nächsten

herausgeschlagen. — Die Löhne für die Pfansenhularbeiten werden festgesetzt. — Ein Posten Holz aus dem Kriebismald soll dem freihändigen Verkauf ausgeleitet werden. — Wegen Anhandlung des staubfreien Weges nach dem Rathaus „Taub“ ist mit den Kostenteiligen in Verhandlung zu treten. — Vom Bericht des Vorsitzenden über den Stand der Stromerzeugungsfrage wird Kenntnis genommen.

Sport

Um die Bundesmeisterschaft im Handball

Das Spiel noch nicht entschieden! — Wiederholung am 13. September in Frantenthal
 Es ist wohl allen Besuchern des Handballspiels am 7. September in Frantenthal in Erinnerung, mit welcher Begeisterung 2000 Sportanhänger den Sieg ihres Verbandsmeisters sahen und feierten. Hannover legte Protest ein. Zwei Gründe, die die schiedsrichterliche Entscheidungen als Nichtentscheidungen ansahen, welche zwei Tore für Hannover zum Siege haben sollten. Jeder ordnungsgemäße Protest wird vom örtlichen Protestausschuss, der von der Bundesleitung bei solchen Anlässen immer eingesetzt wird, an Ort und Stelle und sofort verhandelt. Der Protestausschuss muß einen Protestgrund als zurecht anerkennen, und nach Lage des Spielergebnisses für Neuankunft des Spieles entscheiden. Das Wiederholungsspiel in Frantenthal gegen Hannover findet am Samstag, den 13. September auf dem gleichen Spielfeld — wie das Vorspiel — in Frantenthal statt. Der Anwurf ist auf 5 Uhr nachmittags festgesetzt, um den Besuch allen in Arbeit stehenden Berufsgenossen zu ermöglichen.
 Auch steht das Samstagsspiel im Zeichen des Kampfes. Zur Zeit sind Verhandlungen abgeschlossen, die eine große Wahlpropaganda für die Schicksalsstunde des Deutschen Volkes am 11. September vorzieht.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei, Die Bezirksvertrauensleute und Helfer werden gebeten, morgen Freitag, abend 8 Uhr, im Nebensaal der Festhalle das Wahlmaterial, das am Samstag verteilt werden muß, abzuholen. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.
Letzter Appell
 Die letzte Wählerversammlung der Sozialdemokratischen Partei findet am nächsten Samstag abend 8 Uhr im Festhallelokal hier statt. Genossin Stadtratsordnete Stark aus Karlsruhe und Bürgermeister Gen. Dr. Blumenhof aus Offenburg werden über „Wahlmaterial und gerechte Kostenverteilung“ sprechen. Der Eintritt ist frei.
 Parteifreunde, sorgt für einen Massenbesuch. Rüttelt die Gleichgültigen auf. Arbeitet jetzt intensiv für den Wahlsieg der Sozialdemokratie.

Wahl in der Druckerie Badenia AG.
 Die Kreise des Buchdruckerverbandes sind unerschrocken. In der Druckerie Badenia — dem Verlag des „Bad. Beobachters“ — der seit Monaten ein junger Direktor seinen Versuch gemacht hat, durch allseitige Maßnahmen seine Befehlsbefugnis zu erweitern und durch Verdrängung von Kontrollmitgliedern das Personal dieser Druckerie laubsthaft zu kontrollieren, ist nicht nur das Personal, sondern auch die Arbeiter in diesem Betrieb überfallen. Zuerst hat der „Direktor“ es mit der Einweisung einer Kontrollfrau versucht, in der jeder Arbeiter zu tun hat, damit man genau auf die Minute feststellen kann, ob der Betreffende den Betrieb betreten oder verlassen hat. Weiter hat man den Eingang zum Betrieb durch ein Tor geschlossen, zu dessen Bedienung ein Portier angestellt wurde. Diese schändlichen Maßnahmen wurden vom Personal nicht hingenommen und abgelehnt. Weil nun auf diese Art beim Personal auszurufen war, fühlte die Direktion der Badenia auf andere Weise, das Personal kleinzuhalten. Unter allen Umständen sollte durchgesetzt werden, daß diese Stöcher vom Personal nicht mehr vertragen werden. Der Personalrat hat sich demgegenüber nicht nur nicht weigert, sondern hat auch die nötigen Maßnahmen ergriffen, um den Personalrat zu unterstützen. Die Arbeiter sind durch diese Maßnahmen in ihrer Arbeit behindert worden. Die Arbeiter sind durch diese Maßnahmen in ihrer Arbeit behindert worden. Die Arbeiter sind durch diese Maßnahmen in ihrer Arbeit behindert worden.

Mann und Frau

beide am wirtschaftlichen und politischen Kampf gleich interessiert

schlagen sich

kümmerlich durchs Leben und erhoffen eine bessere Zukunft. Nur die Wahl von Sozialdemokraten bietet ihnen Gewähr, daß der Kampf

ums tägliche Brot

in der Zukunft seine erbarmungslose Schärfe verliert. Nur die Wahl von Sozialdemokraten gibt ihnen Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse. Deshalb

wählt Sozialdemokraten

am 14. September. Alle Frauen und Männer, ganz besonders die Lauen und Tragen, rüttelt auf, daß sie

Liste 1 wählen

Sonntag herein in die Wahlarena! Keine einzige Stimme — wenn ihrs mit euch selbst ehrlich meint — diesen Herrschaften, diesen Volks-Zertröttern.
 Und zum Schluss noch ein Wort: Ihr Eltern, achtet auf eure Söhne und Töchter, halt sie von den Hitzelherden weg, die alles andere, nur keine Arbeiterpartei sind. Das Kommen des dritten Reiches ist und bleibt ein Traum und nur ein politisch dummes Kerl kann Liste 1 wählen. In letzter Zeit gehen diese Herrchen in den Vereinen umher, um ihre Kandidaten für die Gemeindevorstände zu eragieren, und besonders in den bürgerlichen Vereinen.
 Ihr Arbeiter, die ihr dort seid, wir nehmen euch die dortige Mitarbeit nicht übel, geht aber diesen Herrschaften die richtige Antwort. Die Existenz eures Vereins muß euch mehr wert sein, als nun eure bisherige Ehre in der ganzen Gemeinde zu verlieren.
Dann auf zur Wahl! Nur Liste 1 ist maßgebend!

Städtische Volksbücherei

Die städtische Volksbücherei, die, wie alljährlich, während der Hochsommermonate zum Zwecke des Bücherturnes und der Instandsetzung der Bibliothek mehrere Wochen geschlossen werden muß, wird, nachdem diese Arbeiten nunmehr beendet sind, am Freitag, 12. September wieder eröffnet und der allgemeinen Benützung übergeben. Die Bücherausgabe findet vorerst nur an Freitagen von 6-8 Uhr und vom 6. Oktober ab auch an Montagen von 12-6 Uhr statt. Die Bücherei ist wiederum durch eine Reihe interessanter hochwertiger und unterhaltender Neuanschaffungen vermehrt worden, die ebenfalls gleich zur Ausgabe gelangen und sicher den Beifall der Leserschaft finden werden. Für neue Leser zur fröhlichen Kenntnisnahme, daß die Räume der städtischen Volksbücherei in der ehemaligen Schokofabrik, 9 untergebracht sind, Eingang von der Hauptstraße durch den Hof, hinterste Tür links, 2 Treppen hoch, Benützungsberechtigt sind alle über 16 Jahre alten Einwohner der Stadt. Die Benützung der städt. Volksbücherei wird allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung an gelegentlich empfohlen. Der Haupt- und der vor kurzem erschienene 1. Nachtragskatalog geben über den Bestand der Bibliothek, die jetzt nahezu 5000 Bände zählt, genaueren Aufschluß. Jeder Leser wird aus dem reichen Inhalt sicher etwas ihm Zulagendes finden. (Siehe Zitat.)

Aus aller Welt

Das große Los gewonnen
 Redargartach (Witba), 10. Sept. Unter den Glücklichsten, denen Fortuna einen Hauptgewinn der Südb. Klassenlotterie mit 200.000 Mark in den Schoß warf, befindet sich Hauptlehrer Krauer in Redargartach. In nordüblicher Weise hat Krauer sofort 5000 Mark der Kriegerkinderhilfsvereine für die übermüdeten

Der englische Kanal wiederum durchschonnen
 London, 10. Sept. Der englische Kanal ist wiederum durchschonnen worden und zwar diesmal von der jugendlichen jüdisch-schwarzen Schwimmerin Peggy Duncan, die gestern abend kurz nach 8 Uhr bei Griesnes ins Wasser ging und heute mittag um 12.45 Uhr in South Foreland, östlich von Dover, das Land erreichte. Die von Miss Duncan gebrauchte Zeit von 16 1/2 Stunden bleibt um 2 Stunden hinter dem von der Deutschamerikanerin Gertrud Enderle aufgestellten Frauenrekord und um 5 1/2 Stunden hinter dem von dem Franzosen Michel aufgestellten Weltrekord zurück.

Der Mörder der Frau Scheidegger verhaftet
 Zürich, 10. Sept. Der Mörder der Frau Scheidegger, die am Montag bei Regentebad am Zürichberg überfallen und umgebracht wurde, konnte am Dienstag in Raar (Zug) verhaftet werden. Es handelt sich um den 23-jährigen ledigen Kaufmannslehrling Schreyer von Zürich und Ostfildern.

Schwerer Straßenbahnunfall
 Zürich, 10. Sept. Heute abend ereignete sich am Zürichberg ein schwerer Straßenbahnunfall. Drei vor einem Depot stehende schwere Anhängerkarossen, bei denen die Bremsen anscheinend nicht angezogen waren, gerieten ins Fahrten und kullerten den Zürichberg hinab. Sie kullerten auf einen mit etwa 30 Personen besetzten Kurswagen, der durch den wichtigen Anprall und das Gewicht der drei Anhänger in laufender Fahrt stark abwärts geschoben wurde und in einer kurzen Entschleunigung mit den Anhängerkarossen gegen eine mehrere Meter hohe Steinmauer geschleudert und völlig zertrümmert. Zwei Insassen wurden tödlich verletzt, sechs weitere erlitten schwere und sechs andere leichtere Verletzungen.

Jack Diamond soll bei der Landung festgenommen werden
 Baltimore, 10. Sept. Die hiesige Polizeibehörde erklärte, sie werde den mit dem Dampfer „Hannover“ auf dem Wege nach Afrika befindlichen Altbekanntungsagenten Diamond bei seiner Landung in Empfang nehmen und ihn nach New York befördern lassen, falls dort die Polizei es wünsche.

Eingemeindungen nach Mannheim

Der Stadtrat hat mit allen gegen 3 Stimmen der Vorlage über die Eingemeindung von Sodenheim und Friedrichsfeld nach Mannheim zugestimmt. Der Bürgerentscheid wird sich am 18. September mit der Vorlage zu beschäftigen haben.

Landtagsbeschlüsse

Langenfeinbach (Sitzung vom 8. September)
 Die Spätjahrsernte werden festgesetzt. — Die gemeindefreie Vermögensverwaltung soll am 1. Oktober in Kraft treten. — Die Wahlkommission für die Reichstagswahl wird bestimmt; abgestimmt wird in zwei Abschlüssen. — Ein Antrag auf Stangenbau wird abgelehnt. — Christian Walch werden im Gemeindefeindbruch 100 Meter Strafe zum Brechen bewilligt. — Einem Gesuch um Ermäßigung der Gebäudebesondersteuer wird stattgegeben. — Zur Bekämpfung der Maulbeereule soll verästelter Weizen verwendet werden; das Verlassen zählt die Gemeinde, den Weizen sollen die Eigentümer stellen.

Oppenu (Sitzung vom 4. September)
 Für den Bezirkskrankenhausverband ist eine neue Satzung zu erlassen, die den Erfordernissen nach §§ 5 und 5a der Gemeindeordnung entspricht. Insbesondere muß die Satzung auch Bestimmungen für den Fall der Auflösung des Zweckverbandes treffen und dessen Rechtsverhältnisse auf der Grundlage der neuen Gemeindeordnung regeln; die alte Satzung stimmte noch von der Errichtung des Krankenhauses. Der Verbandsausschuss des Krankenhauses hat die Satzung bereits beschlossen, für die Gemeinde Oppenu erteilt ihr der Gemeinderat vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerentschlusses die Zustimmung. Die Satzung bedarf der Genehmigung des Ministeriums des Innern. — Die durch den Auszug der Familie Georg Erdich im Hause Vindentrotte Nr. 1 freierwerbende Wohnung wird verpachtet. — Den Wahlmännern sind für die Reichstagswahl die Ernennung der Wähler für die Wahlmännervorstände

Staatsparteilicher Vorjig

Der Deutsche Staatsparteiliche Vorjig ist großes Glück widerfahren. Zeilen, was die Völkische Zeitung in Nr. 408 berichtet: „Obwohl die Deutsche Staatspartei sich erst nach den Wahlen der letzten Oranisation schaffen will, läuft bei ihrer Geschäftsstelle jetzt täglich eine große Zahl von Anmeldungen ein, meist aus wohl interessierten Kreisen, die sich bisher keiner Partei angegeschlossen hatten. So wird u. a. bekannt, daß in diesen Tagen zwei Nationalitäten ihren Beitritt zur Staatspartei erklärt haben, die den Bauernpartei eine führende Rolle spielen: Arnold von Hoff, der Sohn des Geheimrats Ernst von Hoff, und der Professor Dr. Ernst Landmann, der bekannte Tennis-Champion.“

Reichstagskonzert der Bauernmeister

Im Bremer Volkshaus fand dieser Tage die dritte Reichstagskonzert der Bauernmeister im Deutschen Bauernverband statt. Anwesend waren 21 Delegierte und einige Mitglieder des Bundesvorstandes, darunter Bernhard, der erste Vorsitzende des GDBV. Im Mittelpunkt der Tagung stand der Reichstagsbeschluss des Reichstagsgruppenvorsitzenden Peters. Trotz der Wirtschaftskrise konnte die Bauerngruppe innerhalb weniger drei Jahre ihren Mittelstandstand von 4681 auf 5782 erhöhen. Der Kampf der Bauern um Anerkennung als Tariforganisation ist noch nicht abgeschlossen. Der Grundbesitz, berufliche Zusammenarbeit bedingt organisatorische Verbundenheit, wurde von vornherein gegenüber dem Arbeiterstand betont. In der Reichstagskonzert wurde ihm das volle Vertrauen für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Einzelne Delegierte fanden zum Reichstagskonzert Worte gegen das Verhalten des Arbeiterbundes in der Reichstagskonzert.

Reichstagskonzert der Bauernmeister

Im Reichstagskonzert wurde ihm das volle Vertrauen für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Einzelne Delegierte fanden zum Reichstagskonzert Worte gegen das Verhalten des Arbeiterbundes in der Reichstagskonzert.

Das Tagesgespräch

in unserer Stadt, ganz gleich, ob Stammtisch, ist seit einigen Tagen die große Pils-Preis-Frage. Die Pils-Preis-Frage wird begeistert gemessen, gerechnet und — gestritten. Der Anteil an Pils-Preis-Frage, ein Doppel-Cabriolet und 10.000 andere schöne Sachen zu erhalten, wird nicht jeden Tag geboten. Die Pils-Preis-Frage ist ein heißes Preis-Ausschreiben ohne Hintertüren, das die zuständige Behörde geprüft hat. Alle Preise kommen unbedingt zur Verteilung und noch vor Weihnachten zum Verland.

Kleine bad. Chronik

Eine gemeine Mordtat

Rheinbischhofsheim-Hausgerent, Amt Kehl, 9. Sept. Zu der furchtbaren Mordtat, die sich im Weiler Hausgerent abspielte und bei der ein junges Menschenleben auf so tragische Weise vernichtet wurde, erfahren wir noch folgendes: Als der getötete Erik Seboldt, ein gewisser Amtshor aus Thüringen (ein Freund des S.) und Karzer von hier und 10 Meter hinterher die Brüder Amuh von hier an die Dorfstraße kamen, blieben sie vor den beiden von ihnen nicht erkannten Brüdern Jakob und Friedrich Schneider aus Linz stehen. Da rief der eine Schneider: „Wiedner lassa die Gabel raus.“ Dies hörend, ergriffen die fünf ersten die Flucht bis zur nächsten Straßenecke. Dort haben sie, daß sie verfolgt wurden, daß die Verfolger eine Baumhütte bei sich trugen. Die Verfolgten teilten sich, während der eine Schneider rief: „Wenn ich einen erwische, mache ich ihn kalt.“ Kaum hatte er Seboldt erreicht, als er diesen auch schon mit einem Messer niederstach. Darauf entfernten sich die beiden Schneider. Der Gestohlene erhob sich, um sich in ein benachbartes Haus zu schleppen, brach aber vor der Haustür in den Armen der Hausbesitzerin bemußlos zusammen. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den inswischen eingetretenen Tod des Seboldt feststellen. Bei der Obduktion der Leiche wurde festgestellt, daß ein Stich der Schlagader traf, was den baldigen Tod zur Folge hatte.

Zwei Selbstmordverjuche

D3. Pforzheim, 10. Sept. Im Hagengiechwald wollten sich heute Nacht ein 22jähriger Arbeiter und ein 18jähriges Mädchen mit Gift (anscheinend Zyankalium) das Leben nehmen. Der junge Mann konnte sich jedoch noch in die Wirklichkeit zum Hagengiech schleppen und für das Mädchen Hilfe holen. Nach längerem Suchen wurde das sich in Schmerzen wälzende Mädchen aufgefunden und mit dem Auto ins städt. Krankenhaus verbracht. Man hofft die beiden Lebensmüden am Leben zu erhalten.

Autounfall

D3. Bruchsal, 10. Sept. Auf der nassen asphaltierten Straße nach Unterzambach geriet ein von Rissa kommendes Auto ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Der Fahrer kam mit leichten Verletzungen davon, während die begleitende Dame einen Oberschenkelbruch erlitt; beide wurden ins hiesige Spital verbracht.

Wallach bei Wiesloch. Der 31 Jahre alte verheiratete Viehhändler Bertold Hamburger fuhr mit seinem mit Vieh beladenen Lastauto nach einem unterfränkischen Marktflecken. Unterwegs riß plötzlich die Kette, gleichzeitig verlor die Bremse und Hamburger ver-

suchte sich durch einen Sprung aus dem Auto zu retten. Dabei erlitt er einen Beinbruch und wurde von dem Auto totgefahren. Das Auto selbst fuhr in einen Straßengraben und beförderte das Vieh in hohem Bogen in den Ader.

Schluchsee. Bei der Bahnunterführung fuhr ein Motorradfahrer auf ein ihm entgegenkommendes Auto auf und blieb mit lebensgefährlichen Verletzungen liegen. Das Auto wurde leicht beschädigt, ein Mitfahrer des Motorrads fuhr mit Hautabstürlungen davon. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Freiburg. Gefährliches Spielzeug. Vier Schulkinder, die mit Sprengkapseln von Handgranaten spielten, die sie in einem Straßengraben an der Tennendacher Straße gefunden hatten, wurden durch eine der explodierenden Kapseln verletzt. Einem der Mitspielenden, einem elfjährigen Knaben, mußte infolge der erlittenen Verletzungen das Endglied des Daumens und des Zeigefingers der rechten Hand amputiert werden. Wie die Sprengkapseln in den Straßengraben kamen, konnte bisher nicht aufgeklärt werden.

Zur Reichstagswahl 1930

Zu dem dieser Tage erlassenen Verbot der Umzüge und Propagandamaßen wird von zuständigen Stellen erläuternd mitgeteilt:

Als Propagandamaßen sind Fahrzeuge zu betrachten, deren Anlassen durch Mitführen von Fahnen, Transparenten, Schildern und dergl., durch Sinaen, Rufen, Musikieren usw. die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken suchen oder aus dem Wagen Plakate, durch Zahmentuch oder in anderer Weise zu Propagandaschildern auffällig kenntlich gemacht sind.

Autosprecherwagen (Kinowagen) fallen unter das Verbot der Propagandamaßen dann, wenn sie als solche in der oben geschilderten Weise ausgestattet sind und verwendet werden. Im übrigen obliegen die Autosprecherwagen (Kinowagen) den besonderen polizeilichen Beschränkungen.

Das Ministerium des Innern hat die Polizeibehörden angewiesen, am Wahltag (14. September 1930) die Aufstellung von Autosprecherwagen (Kinowagen) auf öffentlichen Straßen und Plätzen nicht zuzulassen.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Vorzugsrichtige Witterung für Freitag, 12. September: Zunächst noch Fortdauer des zeitweil. wolkenigen Wetters und weiteren Regenfällen. Kübler bei Luftzufuhr aus Nordosten.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Südstadt

Heute Donnerstag, 11. September, gleich nach Schluß der Versammlung in der Eiche kurze Bezirksversammlung. Die Unterbezirksführer müssen unbedingt erscheinen. Es gilt, die letzten Vorbereitungen für die Wahl zu treffen.

Bezirk Ruppure

Unsere Wähler und Wählerinnen treffen sich am Sonntag von 19 1/2 Uhr ab im Saale der „Krone“. Es ist Vorzorge getroffen, daß die Wahlergebnisse pünktlich bekannt gegeben werden. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß diesmal nur bis 15 Uhr gewählt wird. Gebt daher zeitig wählend und rüht die Säumigen auf. Es kommt auf jede Stimme an!

Wahlfonds

1. Rate Metallarbeiter Unter u. Rub 463,40 Mk.

Platzkonzerte und Filmaufführungen

Im Laufe der Woche veranstaltet unsere Partei auf den Plätzen der verschiedenen Stadtteile und der Vororte Platzkonzerte mit der jeweiligen Stadtteil- und Vorort-Partei. Gestern Abend fand im Lautsprecher und Vorführung des Wahlfilms „Der Kampf um die Wahl“ statt. Nach dem Vortrag einiger flotter Märsche auf Gramophon, die mit Hilfe des Lautsprechers weitbin über den Platz klangen, begann die Vorführung des Wahlfilms. Der Film, dem eine kurze Ansprache des Genossen Wiffell folgte, die den Wahlbeschluss die kurze, aber um so eindrucksvollere Wahlkampfabhandlung. Es hatten sich zu dieser Veranstaltung im Freien der große Anseh der Parteigenossen eingefunden, die Fenster der angrenzenden Straßen waren dicht besetzt. Alle folgten in lautloser Stille den interessanten Vorführungen; namentlich der Film, in dem in wirkungsvoller Weise plastisch veranschaulicht wird, was dem Bürgerblock den verschiedenen bürgerlichen Interessenten aus dem in der arbeitenden und besitzlosen Bevölkerung an gebracht hat, fand allgemeine Verköndnis und allgemeine Zustimmung. — Auch die Gemeindefunktionen in den anderen Stadtteilen der Arbeiter-Radio-Bund hat sich für diese Vorführungen zur Verfügung gestellt — find durchweg gut besucht. Es ist dies eine wirkungsvolle Propaganda!

Wasserstand des Rheins

Basel 83, aef. 8; Waldshut 292, aef. 4; Schaffhausen 148, aef. 9; Kehl 268, aef. 12; Maxau 454, aef. 7; Mannheim 350, aef. 3 Zentimeter.

Todes-Anzeige
(Statt Karten)
Meine liebe Frau, unsere treue-
sorgte Mutter und Großmutter
Frau Luise Deck
geb. Zörich
ist heute nach schwerem Leiden in
ihrem 81. Lebensjahre sanft entschlafen.
Karlsruhe, den 10. Sept. 1930.
Achtung: 50
Die trauernden Hinterbliebenen:
Ludwig Deck nebst Kindern
Beerdigung Freitag nachm. 1/2 5 Uhr
auf dem Mühlburger Friedhof.

Eich. Herrenzimmer
komplett **350 Mk.**
Eich. Speisezimmer
komplett **375 Mk.**
Schlafzimmer
komplett **300 Mk.**
Küche komplett
150 Mk.
Möbelhaus
MaierWeinheimer
32 Kronenstraße 32

Abendessen
empfehlen wir:
Käse
Allgäuer Schweizer 1/2 **38** ⚡
Edamer 20% 1/2 **20** ⚡
Edamer Vollfett 1/2 **30** ⚡
Romadur 1/2 **35** ⚡
Jittersieg 1/2 **60** ⚡
Wurst
Salami 1/2 **50** ⚡
Cervelat 1/2 **50** ⚡
Bayr. Mettwürste 2 St. **45** ⚡
Bayr. Leberwurst Dose **1.20**
Delikatessen
Ochsenmausalat Dose **45** ⚡
Weinsülze Pfd. **50** ⚡
delikat schmeckend 1/2 **26** ⚡
1/4 **14** ⚡
Dose ca. 12 Pfd. netto **5.80**
Neue Marinaden
Rollmopse Stück **18** ⚡
Bismarckerlinge Stück **15** ⚡
dito. 1 Ltr. Dose **1.05**
Süßbücklinge frisch ge-
ranch. Pfd. **52** ⚡

**VEREINS
DRUCKSACHEN**
Satzungen
Mitglieds-
karten
Briefbogen
Kuperts
Eintrittskarten
Programme
Plakate
Lotterio-Lose
usw.
in jeder Aus-
führung
liefert sauber
und billigst in
kurzer Zeit

Verlagsdruckerei
Volksfreund a.m.b.H.
Karlsruhe, Waldstr. 28
über 100 gut erhalt.
Maß-Anzüge
Mäntel, Überz.
h. 10.4 an in all. Gr.
u. Farb. iso. Gely-
rad, Smoking u.
Eutawahanzüge
Holen, Joppen,
neu u. gebt. lobte
Gelegenheitspuff-
Jaquet
Anzüge u. Mäntel
staunend billig
Sägeringerstr. 53a, II

François Villon
Balladen
Uebersetzung und
Nachwort von K. L.
Ammer mit einem
Sonett von Bert
Brecht. Leinen ge-
bunden **RM. 3.50**
Volksfreund-
Buchhandlung
Waldstraße 28

Pfankuch
5% Rabatt

**DIE GROSSE
PILO-
PREISFRAGE**
BEHÜRDLICH GEPRÜFT

Den Inhalt von wieviel Pilo-Haushaltdosen Nr. 25 Marke Pilo-Peter kann man in die abgebildete große Pilo-Dose füllen?
Zur Feststellung der Maße der großen Dose dient Ihnen der Pilo-Peter. Er ist von der Hutspitze bis zur Fußspitze 170 cm groß.
Form und Größenverhältnisse der großen Dose entsprechen genau der Pilo-Dose Nr. 25.

**20,000 MARK
PREISE
FÜR PILO-VERBRAUCHER!**

Teilnahmebedingungen:
1. Teilnahmeberechtigt sind alle Pilo-Verbraucher, Arbeiter und Angestellte der Pilowerke und verwandter Betriebe sind ausgeschlossen.
2. Jeder Teilnehmer kann nur eine Lösung einsenden.
3. Letzter Einsendetermin ist der 25. November 1930.
4. Nur mit dem genau ausgefüllten Vordruck am Fuße dieser Anzeige darf die Lösung eingesandt werden und zwar in einem verschlossenen Umschlag mit 15 Pfennig frankiert.
5. Der Umschlag muß den Vermerk tragen: „Pilo-Preisfrage“ und adressiert sein an: „Pilowerke Mannheim“.
6. Die Füllung der großen Dose und genaue Feststellung der Zahl erfolgte unter Aufsicht des Herrn Notar Justizrat Schilling, Mannheim. Das genaue Resultat ist nur dem Herrn Justizrat bekannt und bleibt unter seinem Verschluss bis zum 26. November 1930.
7. Um ein einwandfreies Resultat zu erhalten, wurde die Füllung mit destilliertem Wasser von 49 Wärme vorgenommen.
8. Die Lösungen werden in der Rangfolge bewertet. Gehen mehrere gleichlautende Lösungen ein, werden die Gewinne unter Aufsicht des obengenannten Notars unter Ausschluß des Rechtsweges ausgelost.
9. Sämtliche Preise kommen unbedingt zur Verteilung und werden fracht- und verpackungsfrei noch vor Weihnachten 1930 versandt.
Pilowerke Adolf Krebs, Mannheim und Saarlouis

Bitte deutlich mit Tintenstift schreiben

TEILNAHME-SCHEIN 219
Man kann den Inhalt von _____ Pilo-Dosen Nr. 25 in die große Dose füllen.
Name: _____
Beruf: _____
Wohnort: _____
Straße: _____

10000 Trostpreise:
PILO-WACHSER
Aufträger für Bohnerwachs und Beize D. R. P. a.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

11. September: 1723 *König Joh. B. Badem. — 1816 *Weichener Karl Feig. — 1823 *Genl. Volkswirtschaftler Ricardo. — 1848 Bauernunruhen in Schlesien. — 1851 *Sos. Hermann Wolfenb. — 1867 1. Sitzung Nordd. Reichstag. — 1921 Rüdtritt baser. Minister Rahr. — 1926 Spanien verläßt den Völkerbund.

Der Wahlkampf in Karlsruhe Öffentliche Frauerversammlung

Die Frauenaktion der Sozialdemokratischen Partei hat auf gestern abend in den Festsaal des „Friedrichshof“ eine öffentliche Frauerversammlung einberufen, die einen recht guten Besuch aufzuweisen hatte, so daß der Saal fast bis auf die letzten Plätze besetzt war. Ein Beweis, daß die Frauen nun doch besinnen, sich mehr um politische Dinge zu kümmern, wie früher. Genossin Herkerzi begrüßte die Versammlung und ließ sie herzlich willkommen sein. Zur Einleitung der Versammlung gab die sozialistische Arbeiterjugend Durchsicht eine politische Festschrift mit dem Thema: „Eins ist richtig, nämlich sozialistisch!“, die außerordentlichen Beifall fand. Die Revue behandelte in humorvoller Weise die heutigen politischen Verhältnisse und die großartigen Ergebnisse der letzten Bürgerblutregierungen. Gen. Schroth wirkte dabei als Anführer in ausgesprochenem Maße. Aber auch die Darsteller und Darstellerinnen machten ihre Sache recht gut, so daß die einzelnen Bilder lebhaft applaudiert wurden.

Als erste Rednerin sprach hierauf Landtagsabgeordnete Genossin Fischer. Rednerin betonte die Wichtigkeit der kommenden Wahl und wies darauf hin, daß 60 Proz. der Wähler Lohn- und Gehaltsempfänger sind. Wenn diese 60 Prozent richtig politisch aufgeklärt und einig wären, könnten sie sich die Verhältnisse gestalten wie sie wollten. So kann aber heute das Bürgertum den Versuch machen, dem Volke eine Diktatur aufzulegen. Rednerin behandelte alsdann den Kampf, den die sozialdemokratische Minderheit im Reichstag seit Kriegsende bis heute gegen die bürgerlichen Reaktionen zu bestehen hatte und die fränkischen sozialistischen Abkömmlinge der Bürgerblutregierung Brüning. Wenn jetzt eine neue Bewegung mit dem Kriegsgeboten kommt, so müssen wir Frauen uns energisch dagegen wehren, denn wir wollen nicht haben, daß unsere Kinder nochmals im blühenden Alter hingerichtet werden. Jetzt will man sogar die Löhne abbauen und will die Lohnabbau mit dem Phantom des Preisabbaus schmachten machen, von dem aber bis jetzt kein Mensch etwas gemerkt hat und merken wird. Rednerin wandte sich besonders gegen die Umsatzsteuer, die natürlich preisverzerrend wirken und gegen die Sonderbelastung der Konsumvereine. Jetzt werden auf einmal wieder die Frauen von allen Seiten umschmeichelt, sie werden sich aber, soweit sie einigermaßen politisch denken von dem allgemeinen Geschrei gegen den Marxismus nicht irre machen lassen. Am Schluß ihrer Ausführungen behandelte die Rednerin den Umsturz der nationalsozialistischen Politik. Die aufgeklärte Frau wählt aber nur sozialdemokratisch und handelt am nächsten Sonntag danach. Wir wollen keine Diktatur und keinen Bürgerkrieg, sondern die soziale Demokratie.

Als zweite Rednerin sprach Genossin Wagner in besonderer über die sozialen Wirkungen der Notverordnungen. Wenn man die Wirkungen dieser Verordnungen für die arbeitenden Massen betrachtet, so kann man nicht begreifen, daß noch so viele Frauen den bürgerlichen Parteien und dem Zentrum nachlaufen. Rednerin seierte an einer ganzen Reihe von Beispielen, wie sehr die neuen Verordnungen den kleinen Haushalt belasten. Am unsozialsten wirkt wohl die Ledigensteuer. Die Sozialdemokratie hat mit Recht eine dezidierte Politik abgelehnt. Deshalb sollten sich die Frauen am nächsten Sonntag daran erinnern, was sie der Sozialdemokratie schuldig sind, die allein den Kampf gegen die bürgerlichen Reaktionen führt. Leider haben bis jetzt die Frauen meist die volksfeindlichen Parteien unterstützt, die ihnen, wie insbesondere das Zentrum, in der Vorkriegszeit nicht einmal das Stimmrecht geben wollten. Besonders die Hausangestellten sollten sozialdemokratisch wählen und sich nicht beeinflussen lassen. Der neue Reichstag muß so zusammengeordnet sein, daß die Notverordnungen der Bürgerblutregierung wieder aufgehoben werden.

Beide Referate wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach dem Vortrag eines Gedichtes von Gen. Kühn konnte die Vorsitzende die stimmungsvolle verlaufene Versammlung mit der Aufforderung an die Frauen, am Wahltag ihre Pflicht zu tun, schließen.

Der Hilterspuk in Bulach

Herr Stadtrat Martin bei den Hakenkreuzlern

Über die Hilterspuk in Bulach geschrieben:
Die Nationalsozialisten wollten auch bei uns eine Gastrolle geben und stehen hierzu am vergangenen Sonntag durch Frauabst. zu einer Versammlung auf Montag, 8. September 1930, abends 8 Uhr, in die Traube einladen. Der Wirt hatte aber ansehnend aus geschäftlichen Gründen gegen die bereits zugesagte Vergabe seines Saales Bedenken und deshalb die gemachte Zusage für diesen Abend wieder zurückgezogen. Das neue Mitglied der nationalsozialistischen Partei, Herr Stadtrat Martin, Mitglied des Bulacher Bürgervereins, und als solches bei der Eingemeindung in den Stadtrat entsandt, hatte nun an dem betreffenden Montagmorgen große Mühe, für seine neue Partei eine Unterkunft für den Abend zur Abhaltung der Versammlung zu suchen. Nachdem aber die anderen Wirtse aus denselben Gründen den Nazis ihre Lokale nicht zur Verfügung stellten, fand er doch noch ein solches in dem Nebensimmer der Schäumenden AB.

Ein feines Bierlängchen mit ebensolchem Begleitkommando machte alsdann gegen Abend mit der Ortsstelle diese Versammlung bekannt, was allgemeinen Unwillen bei der Bulacher Bevölkerung auslöste, indem die Bekanntmachungen mit der Ortsstelle, welche Eigentum der Stadt ist, in unserem Bezirk immer noch einen mehr offiziellen Charakter tragen. Es dürfte daher den maßgebenden Instanzen der Stadt nicht gleichgültig sein, wie der Bürgerverein Bulach dieses ihm von der Stadt übertragene Recht der öffentlichen Bekanntmachungen handhabt.

Am 8 Uhr sollte den Bulachern Heil widerfahren und kamen alsdann von auswärts gegen 160 Hitler anmarschiert, so daß für die ungefähr 16 von Bulach und Beiertheim anwesenden Versammlungsbesucher jeder einen Saalplatz von 10 Metern erhielt. Die 16 Versammlungsbesucher setzten sich aus 4 Handwerfern, 3 Beamten, 2 gerade aus der höheren Schule entlassenen Jungen und einigen Neugierigen zusammen.

Herr Stadtrat Martin eröffnete die Versammlung und gab den anwesenden Nazis gleich eine Probe von der Spannweite seines Mundwerkes, was sogar Staunen und Bewunderung von den auf diesem Gebiet gewiß anspruchsvollen Nazis auslöste. Der Referent des Abends, ein Herr Silber, erging sich in der bei Nazis üblichen Selbstlobung, insbesondere des Zentrums und der Sozialdemokraten, um alsdann den Anwesenden das „dritte Reich“ als das Schicksal zu beschreiben.

Herr Stadtrat Martin als Versammlungsleiter arbeitete dann noch mit nur ihm geläufigen Kraftausdrücken, um noch binsu-

Wem geben die Frauen ihre Stimme?

Bei der letzten Landtagswahl wurde in Karlsruhe getrennt nach Geschlechtern abgestimmt. Der Volkstreue brachte damals in dankenswerter Weise die Resultate aus den einzelnen Stadtbezirken getrennt nach Männer- und Frauenstimmen. Dadurch ist uns die Möglichkeit gegeben, das Wählerurteil von Männern und Frauen zu unterziehen. Wie ist das Ergebnis einer derartigen Untersuchung?

Es bringt eine alte Tatsache wieder zum Vorschein, die wir auch in Mainz bei der heftigen Landtagswahl beobachtet mükten, eine alte Tatsache, die uns immer wieder den Fingerzeig geben muß, wo für unsere Partei noch große Rekruten ständen, eine alte Tatsache, die für uns sozialdemokratische Wählerinnen nicht befriedigend ist und uns daher zum Nachdenken und zu intensiver Aufklärungsarbeit Anlaß geben muß.

Müht man die letzten Abstimmenden des Wahlergebnisses der letzten Landtagswahl in Karlsruhe nach Stimmbezirken, Parteien, Frauen- und Männerstimmen durch, so machen wir folgende Wahrnehmung: das Zentrum hat restlos mehr Frauenstimmen als Männerstimmen bekommen, d. h. doppelt so viel Frauen- als Männerstimmen; ähnlich liegt es bei den Deutschnationalen, beim Christl. Volksdienst und etwas abgekippt bei der Deutschen Volkspartei. Bei der Sozialdemokratie ist es gerade umgekehrt. Fast ohne Ausnahme liegt bei unserer Partei die Zahl der Frauenstimmen tiefer als die Zahl der Männerstimmen.

Einge Beispiele:

	Zentrum		Sozialdemokratie	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Bulach	77	156	218	148
Darlanden	289	469	766	415
Leopoldshöhe	142	348	247	189
Gartenhölle	160	384	192	179

Wir haben hier nur einmal Zentrum und Sozialdemokratie miteinander verglichen, weil da der Beweis besonders augenfällig ist. Wo in einem Bezirk Schnepfenheime u. dgl. liegen, sind die Gründe natürlich noch vornehmer. Aber gerade in den Vororten liegt für unsere Partei noch viel Aufklärungsarbeit unter den Frauen notwendig zu sein.

Die Ursachen, warum die Frauen gerade den Parteien ihre Stimme geben, die ihnen das Stimmrecht am liebsten vorenthalten würden, sind verschiedener Natur. Ganz sicher ist der Einfluß der Kirche auf die weibliche Psyche ein riesenartiger, auch in politischen Fragen, die doch wirklich garrnisch in den Aufgabenskreis der Kirche gehören. Würde man auf der Kanzel auf die Frauen des Lebens immer die echte, urchristliche, biblische Antwort geben, dann würden — dessen sind wir gewiß — oft recht sozialistische Gedankengänge und Grundzüge zum Vorschein kommen. Gibt es doch viele Sozialisten,

die den Weg zu christlichen Auffassungen und christlicher Moral wieder zurückfinden, weil sie eben die sozialistische Lehre in guten Einklang mit der Bergpredigt und anderen Reden Jesu und der Propheten zu bringen vermöchten und weil ihre politische Anschauung gerade in der Bibel vielfach ihre beste Untermauerung fand. Von der religiösen Seite her dürften also Frauen niemals in Zweifel kommen, den roten Stimmzettel abzugeben.

Die Frauen stehen aber auch noch viel im Mittelbereich, wenn sie dem Zentrum oder den Rechtsparteien ihre Stimme geben. Die Frauen brauchen jedoch nur ihr Augenmerk den geradezu auf sie einfallenden Eindrücken und Erscheinungen des täglichen Lebens zu schenken, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß unsere sozialistische Weltanschauung und Gesellschaftsordnung dem gelunden Sinn und Gefühl der Frau für Familie, Ehe, Kindererziehung, Frieden und Weltfrieden einfach widerprechen und niemals gerecht werden.

Leidlich dürfen wir aber auch noch einer, anderen Ursache nicht aus dem Wege gehen. Sie liegt in der Beantwortung der Frage: „Sollst du, Mann, der du Parteigenosse bist oder den sozialdemokratischen Stimmzettel abgibst, stets und immer deine Pflicht erfüllen? Ich meine nicht 24 Stunden vor der Wahl oder am Wahltag, sondern „Sollst du Ehegatte und Vater dich mit deiner Frau und deinen Töchtern über politische Dinge unterhalten, ihnen auf ihre Fragen Aufklärung geben, sie um verständnisvollen Lesen der Parteizeitungen angeleitet?“ Nicht zuletzt gilt es, auch in der Familie und dem heim, so da erst recht, als Sozialist zu leben und zu handeln. Wo es in dieser Beziehung Kamm, ist es undenkbar, daß die Frau dem Feinde der Lebensinteressen ihres Mannes und ihrer Familie, den bürgerlichen Parteien, ihre Stimme gibt. Mann und Frau und Tochter müssen, wie sonst im Leben, auch am Wahltag zusammenstehen und einig sein. Einig sein mit der Waise des wertvollsten Volkes, das heißt aber nichts anderes, als am 14. September der Sozialdemokratie die Stimme geben.

Und wir sozialistischen Frauen müssen es als beschämend empfinden, daß man auf uns immer mit Fingern deutet und laßt: „Wieso haben euch das Wahlrecht erlangt und ihr schwächt das Proletariat dadurch, daß ihr in der Wahlstube den bürgerlichen Parteien nachlaßt?“ Kein, wir wollen bei unsern Kollegen, Bekannten und Verwandten unsere ganze Ueberzeugungskraft einleiten, um dafür zu sorgen, daß immer mehr Frauen der Sozialdemokratie ihre Stimme geben. Die Frauenstimmen allein schon vermögen das ganze politische Kräfteverhältnis entscheidend zu beeinflussen und zu ändern. Am 14. September heißt es deshalb:

Frauen sind es, die entscheiden, wie der Wahlkampf uns gelingt!
Eine Hausfrau.

Die politischen Schlägereien in der Oststadt vor Gericht

Im Wege Landfriedensbruch hatten sich gestern vor dem ersten Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsrichter Dr. G. Straub der 32jährige verheiratete Schriftleiter Gustav Kasper, der 18jährige ledige Bauarbeiter Wilhelm Schneider, der 24jährige ledige bestellte Emallarbeiter Max Hilbrand, der 18jährige ledige Arbeiter Fritz Hilbrand, der 21jährige Feinmechaniker Wilhelm Goldschmidt und der 21jährige ledige Elektromonteur Willi Kuchel als Angeklagte aus Karlsruhe zu verantworten. Nach der vom Staatsanwalt Dr. Pfeifer verteilten Anklage hat die Angeklagte mit Ausnahme des Kuchel, dem lediglich Teilnahme an Unfriedensbruch vorgeworfen wird, abends 11 Uhr, in Stärke von 50 Mann einen Trupp von ca. 15 Durlacher Nationalsozialisten, bei einer Versammlung in der „Hovenblüme“ zurückzuführen auf die Lutherstraße überfallen und mit Steinen, Gummihütchen und Pfeifenschlägen und mit Steinen nach ihnen geworfen. Als ein einzelner Trupp von etwa zehn Nationalsozialisten ihren Kameraden Hilfe eilte, wurde dieser bei der Lutherstraße von den Kommunisten angegriffen. Nach der Anklage hat der Angeklagte Kasper seinen Verfall eine führende Rolle gespielt, indem er seine Kameraden durch die Rufe: „Auf Genossen, jetzt alles!“ anführte, und auf wurde eine Gemütskrankheit nicht festgestellt, er befand sich lediglich bei dem Trupp Kommunisten.

Nach längerer Beweisaufnahme und Beratung verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten Goldschmidt wegen erdramatischer Körperverletzung zu 20 M. Geldstrafe, erkrankte vier Tage Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Nach der Urteilsbegründung steht fest, daß Goldschmidt sich an der Mißhandlung des Gerne beteiligt und gerufen habe: „Schlagt ihn tot, Gerne!“

Besuch der städt. Bäder im August 1930

Die Zahlen in Klammern sind die Ziffern des Vorjahres.)
Bierordbad, Schwimmbäder (12 234) 14 440; Mannenbäder (6273) 5557; Damenbäder (281) 543; Elektr. Rißbäder (314) 688; Kohlenäurebäder (270) 161; Verh. Kurbäder (225) 516, aufammen (20 597) 21 503.
Reiderbgsbad, Schwimmbäder (6174) 8537; Mannenbäder (2200) 7466; Elektr. Rißbäder (224) 50; Kohlenäurebäder (168) 98; Schwefelbäder Kurbäder (547) 558, aufammen (16 483) 16 704.
Volksbad Beiertheim, Mannenbäder 330; Frauenbäder 223, aufammen 553.
Rheinstrandbad Huppenwör, Besucher (104 787) 60 046.
Schwimm- und Sonnenbad am Rheinthalen, Besucher (8000) 5433.
Insgesamt hatten die städtischen Bäder im Monat August 1930 104 539 Besucher gegen 150 870 im gleichen Monat des Vorjahres.

Öffentliche Wahlversammlungen

Bezirk Bulach

Die Arbeiterkassen machen wir schon jetzt darauf aufmerksam, daß am kommenden Freitag, abends 8 Uhr, im Saal am „Ramm“ eine Wahlerversammlung der Sozialdemokratischen Partei stattfindet.

Wir richten an die gesamte Wählerschaft die Aufforderung, sich zu dieser Versammlung einzufinden.
Redner ist Stadtoberschulrat Kimmelman.

Parteiengenossen, Sportgenossen und Volkstreue, werdet für diese Versammlung, denn der Sonntag (14. September) entscheidet über die Gestaltung der Zukunft der deutschen Arbeiterkassen, Wähler, steht nicht gleichgültig beiseite, sondern folgt unserm Ruf zur Versammlung am Freitag abend!

Darlanden

Am nächsten Freitag abend 8 Uhr findet in der Festhalle eine öffentliche Wahlerversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Referent ist Genosse Landtagsabg. Kurz aus Grävingen. Diese Versammlung muß eine Massenfundgebung werden. Die Arbeiterpartei haben ihre Uebungsstunden für diesen Abend eingestellt. Der Gesangsverein Edelweiß hat seine Mitwirkung zugesagt. Die Sporthäuser der Athleten und Turner sind geschlossen. Es gilt, zum letzten Appell auszureiten. Die Lügen unserer Gegner müssen zerstreut werden. Arbeiter, Bürger, Sandwerfer, Männer und Frauen aller Stände sind freundlichst eingeladen.

(.) Ehrung. Am 1. Oktober 1930 vollendet der hochachtbare heimatische Dichter Hofrat Dr. Heinrich Pierordt sein 75. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß haben sich die hiesigen Männergesangsvereine „Eintracht“ und „Silberbund“, denen der größte Erfolgserfolgsmittel immer noch tüchtige Jubilar als Protektor als Ehrenmitglied angebot, zusammenzuschließen, um ihm eine würdige Subsidung darzubringen, in der der Dank für sein reiches dichterisches Schaffen für Volk und Heimat im Verlaufe eines von hundert Jahren seinen Ausbruch finden soll. Über einem von Vorabend des Geburtstages stattfindenden Festschmaus, an dem die hiesigen Vereine am 1. Oktober abends 8 Uhr im hiesigen Polizeisalle sich in freudlicher Weise zur Feier des 75. Geburtstages des Dichters vereinen, werden die beiden Vereine am gleichen Abend ein künstlerischer Kräfte veranstalten.

Immer schon
konkurrenzlos billig, aber heute noch „niedrigere Preise“ bei gleich guter Qualität!

Bettfedern

per Pfd. 600 550 485 350 275 150 0.85
jetzt: Tagespreisen 5% Rabatt

Sigm. Wertheimer
Kreuzstraße 10 (neben der Spanischen Weinhalle)
Ratenkaufabkommen

Gestrickt
mit Wolle von **Burchard**

Klein Gartenhäuschen, Schnellwagen gegen bar zu fast gel. verb. gut u. bill. reb. Angeb. u. Nr. 5881 an Volksfreundbüro Nr. 5880 a. d. Volksfrdb.

Von der Reise zurück
Dr. med. von Voß
Leitender Arzt der Hals-, Nasen-, Ohrenabteilung am Diakonissenkrankenhaus Karlsruhe, Sofienstr. 59

Sprechstunden: 11-12 Uhr
Donnerstag und Samstag nachmittag nicht

Der große Erfolg
unserer **Aussteuer-Tage**
beweist unsere Leistungsfähigkeit!

Sonder-Angebot:
Komplettes Bett
bestehend aus:
Bettstelle, 33 mm Rohr, Patentrost 17.98
Matratzenschoner, Klotzleinen 5.60
Matratze, braun-weiß, dreifach, m. Keil 25.
Kissen, 80/60 cm, gut gefüllt 7.50
Deckbet., 130/180 cm, gut gefüllt 27.
Gesamtpreis Mk. 87.-

W. Boländer

Reichstagswahl.

Jung. Ehepaar sucht Zimmer u. Küche ober Ranfardentbahn. Off. u. Nr. 5882 a. d. Volksfrdb.

Durlacher Anzeigen
Städt. Volksbücherei Durlach
Bücheröffnung am 12. September um 6 Uhr.
Schloßstraße 9.
Der Bibliothekar.

Tanz-LEHRINSTITUT
BRAUNAGEL
Nowackstraße 13 Tel. 5859
Anfang September Beginn neuer Kurse
Einzelunterricht jederzeit

1. Wahlzeit: Sonntag, den 14. Sept., von 8 bis 17 Uhr. Wer sich um 17 Uhr im Wahllokal befindet, darf noch wählen.

2. Wählen darf nur, wer in der Wahllokalleiste steht oder einen „Stimmschein“ besitzt.

3. Welchem Wahlbezirk der Wähler zugeordnet ist, steht auf der Benachrichtigungskarte, die jeder in die Wahllokalleiste eingetragen erhalten hat. Nur in diesem Wahlbezirk kann er wählen (abgegeben von Siff. 12). Aus der Benachrichtigungskarte ist auch ersichtlich, in welchem Gebäude und in welchem Zimmer der einzelne Wähler abstimmen kann.

4. Es wird dringend empfohlen, die Benachrichtigungskarte als Ausweis mitzubringen. Der Wahlvorsteher ist berechtigt, weiteren Ausweis zu verlangen.

5. In jedem Wahlgebäude, bei den Polizeiwachen, bei der Wahlgeschäftsstelle und am öffentlichen Anschlagbrett (Matthaus) ist ein Straßenschild angebracht, aus dem jeder sofort erkennen kann, zu welchem Wahlbezirk seine Wohnung gehört, in welchem Gebäude und in welchem Zimmer er zu wählen hat. Ferner ist an den genannten Stellen und an den Anschlagbrettern eine Leberlicht über die Einteilung der Wahlbezirke (ebenfalls mit Angabe von Wahlgebäude und Wahlraum) angebracht.

6. Die Wahlräume sind die gleichen wie bei der Landtagswahl vom 27. Oktober 1929. Neu ist, daß Wahlbezirk 1 die Abfindung umfasst und sich nicht mehr in der Wählerbücherei, sondern in der Wirtschaft „Zur Albedulna“ befindet.

Sämtliche Wahlräume befinden sich in Schulhäusern, nur Wahlbezirk 1 (Albedulna) ist in der Wirtschaft „Zur Albedulna“, Durlacherstraße 127, untergebracht. Wahlbezirk 75 und 76 (Ruppurr) im Kindergarten, Wültenweg 19, Bezirk 79 (Weberstraße) in der Wirtschaft „Zum Weiberhof“, Kedarstraße 32 und Bezirk 85 (Bühl) im Rathaus, Grünwinklerstraße 10.

7. Die Wähler erhalten beim Eintritt in den Wahlraum den amtlichen Stimmzettel und einen mit einem amtlichen Stempel versehenen Briefumschlag.

8. Der amtliche Stimmzettel ist ein Einheitsstimmzettel von weißem Papier. Er enthält die im 22. Wahlkreis zugelassenen 14 Wahlvereine, und zwar die Namen der 14 Parteien und jeweils unter dem Parteinamen die Namen der vier ersten Bewerber, falls so viele auf dem Wahlvorschlag stehen. Die amtliche Reihenfolge und Nummerierung (die Nummern 6, 8, 13, 14, 15, 18, 21, 22, 23 sind ausgefallen) ist folgende:

1	Sozialdem. Partei Deutschlands Dr. Kemmele — Schöpslin — Reiser — Roth	1
2	Deutschnationale Volkspartei (Christl. Volkspartei in Baden) Panemann — Kaufmann — Dr. Brähler — Becker	2
3	Nationalistische Volkspartei Dr. h. c. Köpfer — Diez — Erhina — Dr. rer. hol. Röhr	3
4	Kommunistische Partei Kohlen	4
6	D. Volkspart. — D. Staatspart. Dr. Carls — Dietrich — Dr. Wantes — Kern	6
7	Reichspartei d. Deutsch. Mittel- standes e. B. (Wirtschaftspart.) Spielmann — Rheinau — Rheinacker — Wille	7
9	Nationalsoz. Deutsche Volkspartei (Hitler-Bewegung) Venz — Roth — Rupp — Weigel	9
10	Nationalistische Volkspartei (Christl. Nationale Bauern- und Landvolkpartei) Hilbert — Wegert — Kadert — Keller	10
11	Volkspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) und Christl.-Soz. Volkspartei Wauer — Heller — Siegrist — Woll	11
12	Deutsche Bauernpartei Dr. Hehr — Büchmann	12
16	Konservative Volkspartei v. Leitow-Borbed — Dr. Köhler — Wollmer — Kohlmeier	16
17	Evangelischer Volksbund (Land- esgruppe Baden des Christl. sozialen Volksdienstes) Simpfendorfer — Zeuthen — Ummann — Bergsch	17
19	Polenpartei Dr. Racjmarek — Olejniczak — Koslowiat — Kwiatkowski	19
24	Haus- und Grundbesitzer Göthl — Wauer — Rast — Eisenmann	24

Die aus obigem Abdruck des Stimmzettels herorgeht, ist die amtliche Nummer am rechten Rand deszettels wie-

Das beste Brot
aus der modernsten Bäckerei
von **Karlsruhe**

Vollkornbrote:

Weizenschrotbrot	600 Gramm	45 Pfg.
Roggenschrotbrot	rhein.-westf. Art 1000 Gramm	48 Pfg.
Roggenschrotbrot	rhein.-westf. Art in Scheiben 200 Gramm	15 Pfg.
Schrotbrot	1000 Gramm	38 Pfg.
Roggenbrot	1500 Gramm	60 Pfg.
Kornbrot	1000 Gramm	43 Pfg.
Kornbrot	750 Gramm	33 Pfg.
Halbweißbrot	750 Gramm	38 Pfg.
Weißbrot	500 Gramm	38 Pfg.
Wasserwecken	70 Gramm	6 Pfg.
Milchbrötchen	35 Gramm	3 1/2 Pfg.
Wickele, Hörnchen, Ofennudeln	30 Gramm	4 Pfg.

Torten werden in jeder Preislage geliefert

Sämtliche Mehle gehen vor der Verarbeitung durch die modernste Reinigungsanlage, so daß die Herstellung des Fabrikats schon von Grund auf unter Beachtung peinlichster Sauberkeit geschieht

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
Warenabgabe nur am Mitglieder

derholt und neben dieser Nummer bei jedem Wahlvorschlag ein Kreis eingeschrieben.

9. Mit dem amtlichen Umschlag und dem amtlichen Stimmzettel erhält sich der Wähler in die Wahllokalleiste, trägt dort auf dem Stimmzettel in den Kreis der Partei, der er seine Stimme geben will, ein Kreuz ein mit Bleistift oder mit dem in der Zelle befindlichen Bleistift oder macht die Partei durch Unterstreichen oder auf sonstige Weise kenntlich. Die Kennzeichnung muß einwandfrei gelassen werden. Bei der Auszahlung der Stimmzettel hat erkannt, welcher Partei der Wähler seine Stimme hat geben wollen; andernfalls wird der Stimmzettel für ungültig erklärt.

10. Sodann wird der Stimmzettel in den Briefumschlag gesteckt, der aber nicht zu schließen ist. Der Wähler tritt nunmehr an den Wahlvorstand, zeigt seine Ausweisarte vor oder nennt seine Wahlkarte (die auf der Ausweisarte steht) und dann seinen Namen (auf Erfordern auch seine Wohnadresse). Wird der Name in der Wahllokalleiste gefunden, so überreicht der Wähler den ungeschnittenen Briefumschlag dem Wahlvorsteher, der ihn ungeöffnet sofort in die Wahlurne legt. Die Ausweisarte erhält der Wähler zurück; sie ist für die im November stattfindende Gemeindevahl vorläufig aufzubewahren.

11. Wählern, deren Namen in der Wahllokalleiste nicht gefunden wird, wird empfohlen, sofort bei der städt. Wahlgeschäftsstelle (Zähringerstr. 98) festzustellen, ob sie überhaupt in die Wahllokalleiste aufgenommen sind und in welchem Bezirk.

12. Wer einen (bleibenden oder ausweisartigen) Stimmzettel besitzt, kann in jedem Wahlbezirk wählen, aber erst, wenn er den Stimmzettel dem Wahlvorsteher übergeben hat, der ihn zu prüfen und zurückzubehalten hat.

13. Stimmzettel werden von der städt. Wahlgeschäftsstelle noch bis Samstag, den 13. September 1930, 10 Uhr vormittags, ausgehändigt; spätere Anträge können feinesfalls mehr berücksichtigt werden. Man stelle den Antrag unverzüglich, nicht erst am letzten Tag; andernfalls ist längeres Warten unvermeidlich. Gegenüber Ausweis (vor allem Benachrichtigungskarte) unbedingt erforderlich.

14. Der Wahlvorsteher hat Stimmzettel zurückzugeben, die nicht in einem amtlich vorgeordneten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, oder denen ein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigelegt ist. Ferner Stimmzettel solcher Wähler, die sich nicht in die Wahllokalleiste begeben haben.

15. Sollten solche Stimmzettel (Ziffer 14) doch abgegeben sein, so sind sie ungültig. Ungültig sind ferner Stimmzettel, die als nichtamtlich hergestellt erkennbar sind oder nicht einwandfrei die Partei erkennen lassen, der der Wähler seine Stimme geben wollte, oder die mit Vermerken oder Vorbehalten versehen sind.

16. Das Wahlrecht ist persönlich auszuüben, also Vertretung durch andere unmöglich. Dagegen können Bevollmächtigte bei der ganzen Wahlhandlung, wenn sie diese nicht ohne Hilfe ausüben können, sich der Unterstützung einer Vertrauensperson bedienen (auch in der Wahllokalleiste).

17. Die Wahlhandlung sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich. Es dürfen aber im Wahllokal weder Beratungen (von denen des Wahlvorstandes abgesehen) stattfinden noch Anreden gehalten werden. Der Vorstand muß Klatsche oder sonstige politische Bemerkungen aus dem Abstimmungsraum entfernen lassen; Rubehörer kann er in diesem Raum verhaften.

18. Man komme nicht erst in letzter Stunde zur Wahl. Erfahrungsgemäß ist der Wahlraum am Schluss am größten, und Schwächen zwischen 8 und 9 Uhr und zwischen 13 und 14 Uhr.

Karlsruhe, den 9. September 1930.
Der Oberbürgermeister.

Gelegenheitskauf!
2 **Schlafzimmer**
Eiche, mod. Form, wenig gebraucht, wie neu, für Mk. 380.- u. 425.- abzugeben. 5889

Möbel
Carl Baum & Co.
Erbsprinzenstr. 30
Kein Laden
Ständiges Lager über 100 Zimmer und Küchen

Haben Sie Stoff!
Der Wählerlokal ist bei mir, Hauptstr. 10, 25-35 RM. Reelle Bedienung. Werternen Sie Ihren Stimmzettel zur Verfügung. 1529

Mechanikerlehrling
müßig & werneck
Maschinenbau
7 Weichenstraße 7

Schreibearbeiten
(Heimarbeit) jeder Wert werden angeführt.
Off. am O.Z. an das Volksfreundbüro

Ungewöhnlich billig!
Ein neue Ausgabe, reich illustriert, für 4.90 u. 7.00 abzugeben. Hauptstr. 11, 2. Stock

Mobiliertes Zimmer
billig zu verm. 5884
Kugelerstr. 55, 11. Etg.

Mobiliertes Zimmer
zu verm. Sep. 1930
Gleitz, Didi,
Zeilstr. 47, 3. Etg.

Wanzen-Tod
vollständig gerodet
tötet sofort garantiert
langes. Vern. Wanzen
F. Hölflern
Gerrenstr. 5, Tel. 570

Reichstagswahl
an sämtlichen Wahllokale sowie am Wahlhandlung zur Durchsicht der Wähler zugänglich ist.
Brenschal, den 10. September 1930.
Der Oberbürgermeister.

Bruchsaler Anzeigen

Reichstagswahl.
Die Wahlberechtigten werden darauf hingewiesen, daß die Bekanntmachung der Abstimmungen über die am Sonntag, den 14. September 1930, hier stattfindende

Reichstagswahl
an sämtlichen Wahllokale sowie am Wahlhandlung zur Durchsicht der Wähler zugänglich ist.
Brenschal, den 10. September 1930.
Der Oberbürgermeister.